

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3.00 M. monatlich, 1.10 M. vierteljährlich, 3.00 M. halbjährlich, 10.00 M. jährlich.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die hochgehobene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Besondere und Besondere-Anzeigen 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 7. September 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Wahlrechtsbewegung und Massenstreik.

Die Frankfurter „Volksstimme“ brachte kürzlich einen Artikel, in dem, wie sie es selbst ausdrückt, der Versuch unternommen war, die Massenstreikdebatte auf „praktische politische Ziele“ hin zu lenken.

Die Frankfurter „Volksstimme“ brachte kürzlich einen Artikel, in dem, wie sie es selbst ausdrückt, der Versuch unternommen war, die Massenstreikdebatte auf „praktische politische Ziele“ hin zu lenken.

1. die sozialdemokratische Partei zum Zwecke der Einführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts zu den gewählten Körperschaften der Einzelstaaten alle Mittel einer friedlichen Politik zu erschöpfen bereit ist, daß aber

2. sobald diese Mittel erschöpft sind, die Organisierung und Proklamierung des politischen Massenstreiks zur unbedingten Notwendigkeit werden wird.

Man sieht, an Bestimmtheit läßt dieser Vorschlag nichts zu wünschen übrig. Er legt die Taktik der Partei, sofern wenigstens Worte einen Sinn haben, ganz genau fest, er bestimmt sogar das Jahr des Beginns der Massenstreikaktion, die sich dann, wenn nötig, bis zur „Desorganisation des Staates“ steigern soll!

Die „anarchosozialistische Schieberkolonne“ derer um Friedeberg könnte an diesem Vorschlag ihre helle Freude haben! Denn während die Partei im politischen Massenstreik nur ein äußerstes Mittel erblickt, das in einer außerordentlichen Situation zur Anwendung gelangen kann, empfiehlt der Vorschlag unseres Frankfurter Bruderorgans den politischen Massenstreik gewissermaßen als das normale Kampfmittel zur Erringung politischer Konzessionen, von dessen Anwendung nur dann Abstand genommen werden soll, wenn „nicht vorauszuiehende außerordentliche Ereignisse“ eintreten! Und es soll sich ja nicht um einen bloßen Demonstrationstreik handeln, sondern um einen nur durch die „notwendigen Erholungspausen“ unterbrochenen Entscheidungskampf, der schließlich bis zur „Desorganisation des ganzen Staatswesens“ getrieben werden soll.

Die Thesen der Frankfurter „Volksstimme“ haben denn auch selbst in dem Teil der Parteipresse, der über die Fruchtlosigkeit einer bloßen Massenstreikdebatte klagte, bei der doch für absehbare Zeit kein praktisches politisches Ergebnis heraussprünge, nur wenig Gegenliebe gefunden.

Die Replik der Frankfurter „Volksstimme“ auf diese sehr vernünftigen Einwendungen aber bewegte sich in sehr allgemeinen Redensarten. So wurde erklärt, wenn irgend eine Veränderung der Verhältnisse eintrete, die die Proklamierung des Massenstreiks im ersten Jahre nach den nächsten Landtagswahlen als unpraktisch erscheinen lasse, so werde man ja eine „Verschiebung des Zeitpunktes“ eintreten lassen können.

Dache zu kommen.“ Es müsse die Stimmung zur Aktion geschaffen werden: „Das kann nur dadurch geschehen, daß die Partei ihre Agitation fortsetzt und steigert, daß sie jeden Weg, der irgendwie zum Ziele führen kann, durch das Experiment auf seine Gangbarkeit prüft, kurz, daß sie nichts unversucht läßt, wodurch der Krieg vermieden werden kann, nie aber in ihrer Absicht schwankend wird, diesen Krieg, wenn es sein muß, mit dem Aufgebot aller Kräfte wirklich zu führen.“

Der letzte Satz verrät, wenn wir den freilich sehr vieldeutigen Phrasen den richtigen Sinn unterlegen, daß wir es zwar mit einer Art anarchosozialistischem Massenstreik-utopismus zu tun haben, aber mit einer solchen, die mit allerhand revisionistischen Kompromißillusionen verquillt ist!

Der Massenstreik soll binnen zwei oder drei Jahren inszeniert werden. Nur dann freilich, wenn alle friedlichen Mittel erschöpft sind. Welche friedlichen Mittel man meint, wird leider nicht verraten. Vielleicht meint man nur eine mit Hochdruck betriebene Agitation durch Presse, Flugblätter und Versammlungen nach Art der letzten Wahlrechtskampagne. Vielleicht aber — und die Wendungen „alle brauchbaren“ Mittel, Benutzung „jedes Weges, der irgendwie zum Ziele führen kann“, Erprobung der „Gangbarkeit“ jedes solchen Weges „durch das Experiment“ scheinen diese unserer Vermutung zu bestätigen — denkt man auch an die von Naurenbrecher unlängst empfohlene politisch neutrale Wahlrechtsagitation oder jene von anderer Seite vorgeschlagene Taktik, bei den nächsten Wahlen unter Verzicht auf sozialdemokratische Wahlerfolge durch Unterstützung des Freisinns dem Abgeordnetenhaus eine andere Zusammensetzung zu geben! Das wäre also halb Revisionismus, halb Friedebergische Massenstreikromantik!

Bei dem gesunden politischen Sinn der Massen der Partei sind revisionistische „Experimente“ allerdings völlig ausgeschlossen. Es bliebe also nur die Möglichkeit, durch sozialdemokratische Propaganda die Reaktion zu Konzessionen zu zwingen. Und da stehen wir allerdings auf dem Standpunkte, daß trotz dieser Propaganda auch in zwei Jahren die Reaktion nicht zur Nachgiebigkeit geneigt sein dürfte. Die Partei hätte dann, sofern sie das Frankfurter Projekt akzeptierte und ehrlich interpretierte, nach zwei oder drei Jahren den Massenstreik zur Erlämpfung des preussischen Wahlrechts zu inszenieren und diese Kraftprobe bis zum Erliegen einer der beiden Parteien fortzusetzen. Aber auch da sind wir der Ansicht, daß die gesunde politische Einsicht und die Massenkampfschulung die Partei abhalten würde, sich auf ein solch mehr als gewagtes Experiment einzulassen!

Man wagt sich in argen Illusionen, wenn man sich einbildet, daß man seinen Kampf nur auf ein bestimmtes politisches Ziel, das an sich gar nichts Sozialistisches enthält, zu beschränken und zu konzentrieren brauche, um einen Erfolg erringen zu können. Dazu hat in Deutschland der proletarische Klassenkampf bereits viel zu ausgeprägte Formen und viel zu bedrohliche Dimensionen angenommen. Ja, wenn die Partei noch kleiner, wenn die Massen weniger sozialistisch erzogen wären, könnte und würde die Reaktion vielleicht den Versuch riskieren, durch eine Konzessionspolitik den Klassenkampf einzudämmen und abzulumpfen. Konzessionen wären vielleicht auch dann noch zu erwarten, wenn, wie das Reghäuser dieser Tage wieder in einer Versammlung in Kiel empfahl, das Proletariat seinen Massenkampfstandpunkt aufgäbe und die abscheuliche Bahn einer Kompromißpolitik beträte. Unter den gegebenen politischen Verhältnissen aber wird die herrschende Klasse um so reaktionärer auftreten, je mehr die Sozialdemokratie äußerlich und innerlich erstarkt. Gewiß wird die Reaktion schließlich dennoch zur Nachgiebigkeit gezwungen werden, aber erst dann, wenn die Macht des deutschen Proletariats noch bedeutend größer geworden ist als heute. Pflicht der Genossen ist es, durch energischen Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen die Machtsphäre des Proletariats nach Kräften zu erweitern. Es ist allerdings nicht unmöglich, daß die deutsche Arbeiterklasse schon vorher durch einen Gewaltstreik der Reaktion zum äußersten Widerstande gezwungen wird. Aber ein anderes ist es, einen ausgezwungenen Kampf aufzunehmen, als selbst in ungünstiger Situation zum Angriff überzugehen! Im ersteren Falle wäre auch eine Niederlage nur die Schrittmacherin künftiger Siege, im letzteren Falle dagegen würde das Proletariat die schweren Nachwehen eines gescheiterten Massenstreiks nur schwer und langsam verwinden!

Diese Situation hat am 16. September 1905 Genosse Hilferding bereits außerordentlich klar beleuchtet, als er damals in der „Neuen Zeit“ schrieb:

„In Deutschland und in Oesterreich steht der politische Massenstreik auf der Tagesordnung der Parteitage.“

Und doch handelt es sich in den beiden Ländern um politisch ganz verschiedene Dinge. Der politische Massenstreik, angewandt von der weitaus stärksten Partei Deutschlands gegen die stärkste Regierung und geschlossenste Herrschafts-Organisation der Welt, ist ein ganz anderes Ding als der politische Massenstreik in Oesterreich, angewandt von einer kleineren Partei, der eine schwache Regierung und ein Haus stets miteinander habender bürgerlicher Parteien gegenübersteht. In Deutschland muß der Massenstreik, mag er entstehen wie er wolle, auf den allerstärksten

Widerstand gefaßt sein. Denn die herrschenden Klassen Deutschlands vertragen infolge der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse keinen Sieg des Proletariats, und sei es in welcher Frage immer. Die einzelne Frage erscheint ihnen nebensächlich, und wichtig nur, daß die proletarische Machtorganisation aus eigener Kraft und in direkter Weise die bürgerliche Machtorganisation überwinden hat. Der Entscheidung der einen Frage zugunsten des Proletariats wird, so müssen die Gegner fürchten, die Entscheidung der anderen Fragen nachfolgen. Hat das Proletariat hier gesiegt, so kann es auch dort siegen. Mag die Frage vom Proletariat gestellt sein wie immer, die herrschenden Klassen werden immer nur ihr Sein oder Nichtsein heranhören.

Deshalb ist der Massenstreik für Deutschland eine entscheidende Phase, ein Kampf, der bis zum Ende ausgefochten werden muß, der nur mit dem Siege des Proletariats enden darf, soll er nicht für das Proletariat eine schwere Niederlage werden. Nicht weil das deutsche Proletariat im Massenstreik eine Entscheidungsschlacht schlagen will, sondern weil die Gegner in jedem Massenstreik, in jeder und sei es noch so friedlichen und legalen Auflehnung gegen ihre Herrschaft ihr nahendes Ende erblicken und ihm deshalb mit all' ihrer Macht entgegenzutreten werden, ist der Massenstreik für Deutschland nur ein letztes entscheidendes Mittel in dem Kampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Die Massenstreik-Romantiker in der Partei werden nun zwar wieder höhnen: „Und trotzdem verlangt Ihr die Diskutierung und Propagierung des Massenstreiks!“ Allerdings, und zwar aus den schwerwiegendsten Gründen! Wir verlangen die Diskutierung des Massenstreiks, um die gemeingefährlichen Illusionen der anarchosozialistischen und revisionistischen Massenstreik-Romantiker zu bekämpfen. Und wir verlangen die Propagierung desselben, um die proletarischen Massen, speziell auch die gewerkschaftlich organisierten Massen, mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß an ein friedlich-idyllisches Hineinwachsen in die sozialistische Gesellschaft nicht zu denken ist, daß der Arbeiterklasse schwere, opferreiche Kämpfe bevorstehen, die nur dann erfolgreich durchgeföhrt werden können, wenn die Massen vom Geiste des Massenkampfes und des Idealismus durchdrungen sind! Wann die Kämpfe beginnen werden, hängt zum guten Teil von unseren Gegnern ab. Wann der Zeitpunkt aber auch eintreten mag: er muß ein gerüstetes, kampfbereites Geschlecht vorfinden!

Die russische Revolution.

Der Zar als Bauernfänger.

Nach langen schweren Leiden hat die Regierung nun endlich das seit vielen Wochen verheißene „Reform“-Programm in die Welt gesetzt. Es hat lange gewährt und ist verteuert schlecht geworden. Der russische Regierungsberg hat ein lächerlich winziges Mäuslein geboren.

Das gestern (Donnerstag) veröffentlichte amtliche Communiqué will — wie die antiken Tragödien — Furz und Mitleid erregen: Es will den Revolutionären Furcht einflößen vor den äußersten Maßregeln, mit denen der abwirtschaftende Zarismus droht, und es will Mitleid erwinzeln bei denjenigen russischen und nicht-russischen bürgerlichen Schichten, die so verblendet sind, daß sie den mit der Löwenhaut verummantelten feigen Fels nicht für einen Fels halten!

Nun, der Appell an die Furcht wird in den Herzen der russischen Revolutionäre — so weit wir sie zu beurteilen verstehen — kein Echo finden, zumal da die Kreaturen des zweiten Nikolaus alle Mittel der Barbarei bereits derart erschöpft haben, daß kaum mehr viel neue Torturen und Gemeinheiten von ihnen erfunden werden können.

Aber das Mitleid zu erwecken, wäre den russischen Schergen mit ihrem Communiqué beinahe gelungen, wenn sie nicht selber durch ihre schändlichen Verbrechen dafür gesorgt hätten, daß sie in die Kategorie dererjenigen gelangten, denen gegenüber beim fühlenden Kulturmenschen jede Regung des Mitleids nachgerade versagen muß. Sonst allenfalls hätte man in der Tat Mitleid empfinden können mit der zaristischen Sippe, die sich jetzt, da alle ihre Mittelchen nicht verlangen haben, auf die Bauernfängerei verlegt und inmitten ihrer Drohungen durch allerlei unbestimmte Verheißungen sogar bei Zuben und Bauern — vor allem bei den Bauern — um gutes Wetter bittet.

Das amtliche Machwerk beginnt mit einer Binserei über das Anwachsen der revolutionären Bewegung seit zwei Jahren: Es werden aufgezählt die bewaffneten Erhebungen und Meutereien von Sewastopol, Sveaborg, Reval, Kronstadt. Es werden aufgezählt die Attentate auf Tschukin (den Kommandanten der Schwarzmeerflotte), Bloch (den Gouverneur von Samara), Woljarskorsky (den Generalgouverneur von Warschau), General Wargrafsky, General Minn.

Diese Verbrechen zeigen deutlich, daß die revolutionären Organisationen darauf hinarbeiten, das ruhige (!) Werk der Regierung zu hindern, durch Gewalttaten Verwirrung in die Reihen der Regierung zu bringen und der Möglichkeit eines schöpferischen Staatslebens ein Ende zu machen. . . . Die Regierung hält es für nötig, zu erklären, daß die Revolutionäre schon vor der Auflösung der Duma einerseits eine bewaffnete, von dem Meer und der Flotte unterstützte Erhebung, andererseits eine allgemeine Agrarbewegung vorbereiteten, die das ganze Land mit sich fort-

reihen sollte. Die revolutionäre Bewegung sollte unterstützt werden von den Anhängern der äußersten Parteien, die in die Duma gelangt und ihre Bestrebungen dahin richteten, die ausführende Gewalt an sich zu reißen und die Duma in eine konstituierende Versammlung umzuwandeln. Nach Ansicht der Revolutionäre war der Erfolg gesichert durch die von den Mitgliedern der Duma, die persönliche Unberührbarkeit genießen (?), in die Duma übernommenen Reisen und durch ihre Propaganda. Zu gleicher Zeit wollte man das wirtschaftliche Leben des Landes durch den allgemeinen Ausstand unterbinden.

Nach der Auflösung der Duma, nach der schnellen Unterdrückung der Meutereien von Kronstadt und Scharborg, nach dem Wüsten des allgemeinen Ausstandes, und nachdem verschiedene Maßregeln gegen die Agrarunruhen ergriffen worden waren, beschloßen die extremen revolutionären Gruppen, um den Eindruck, den das Scheitern ihrer Projekte hervorgerufen hatte, abzustreifen und um das schwebende (?) Wert der Regierung zu verhindern, durch die Ermordung von hohen Beamten auf das Land zu wirken und die Regierung zu erschrecken. Obgleich solche Gewalttaten die Schwäche der Revolution hinsichtlich der Verwirklichung einer allgemeinen Erhebung beweisen, (Ann. d. Redakt.: Das Communiqué verfällt hier in den Agent provocateur-Jargon), mit doch die Grausamkeit der begangenen Verbrechen Erregung in der Bevölkerung und sogar größeren Schrecken hervor als eine länger anhaltende revolutionäre Bewegung. — Was ist nun die Pflicht der Regierung in solcher Lage? Hierauf gibt es nur eine einzige Antwort: Die Ziele der Regierung können wegen verbrecherischer Aufschläge nicht geändert werden. Man kann die eine oder die andere Person ermorden, man kann aber die Idee nicht töten, von der die Regierung erfüllt ist. Es ist unmöglich, den auf Wiederherstellung der Möglichkeit zu leben und in Freiheit (!) zu arbeiten gerichteten Willen der Regierung zu brechen. Die Verbrechen machen die Erreichung des Endzweckes schwierig, da aber die Erreichung dieses Zweckes nicht von Zufälligkeiten abhängen darf, ist es durch das Staatsinteresse geboten, die Hindernisse zu beseitigen und mit allen Kräften der Lösung der gestellten Aufgabe zuzustreben. Die Verbrechen müssen ohne Zögern unterdrückt werden; wenn der Staat sie nicht unterdrückt, hat die Existenz des Staates seinen Sinn verloren. Die Regierung wird infolge dessen der Gewalttätigkeit die Macht entgegenstellen. Pflicht des Staates ist es, der gewalttätigen Revolution Halt zu gebieten, die dahinstrebt, die Macht an sich zu reißen und als neue Herren gesellschaftsfeindliche Elemente aufzustellen, die alles vernichten wollen. (?) Ins einzelne gehende Anweisungen werden den örtlichen Behörden für den Kampf gegen diese Elemente erteilt werden. Schwere Verantwortlichkeit trifft diejenigen, welche es an Entschlossenheit werden fehlen lassen solche, die dem kaiserlichen Willen ungehörig sind. Die Verwaltung wird mit allen Kräften alle geschwägigen (!) Mittel in Anwendung bringen, um der Propaganda der Gewalttätigkeit ein Ende zu bereiten, und wenn es dieser Propaganda gelingen sollte, unter den unwissenden Elementen Agrarunruhen hervorzurufen, so werden diese Unruhen mit Waffengewalt unterdrückt werden. Die Verantwortung für die Opfer wird den Agitatoren zufallen. Die Regierung ist der Ansicht, daß das gewöhnliche Gerichtsverfahren den gegenwärtigen Umständen nicht genügend entspricht und hat es deshalb für nötig gehalten, provisorische Bestimmungen zu veröffentlichen über Feldkriegsgerichte für schwere, in den Gegenden begangene Verbrechen, die unter dem Kriegsgerichte stehen oder sich im Zustande des außerordentlichen Schanges befinden. Nach diesen Bestimmungen folgen das gerichtliche Verfahren und die Ausführung des Urteils dem Verfahren auf dem Tische.

Provisorische Bestimmungen werden auch getroffen über Verschärfung der Strafen für Propaganda unter den Truppen. . . Es wäre aber ein großer Fehler, die Unterdrückung der verbrecherischen Aufschläge an das einzige Ziel des Staates anzusehen und die Maßnahmen zu verfehlen, welche zu diesen Anordnungen geführt haben. Die Regierung kann nicht, wie es einige Gruppen wünschen, ihre Aufmerksamkeit auf die Unterdrückung der Revolution beschränken. Ebenso würde es nicht den Umständen und den Interessen des Landes entsprechen, sich nur mit der Verwirklichung liberaler Reformen zu befassen in der Annahme, daß die Revolution in diesem Falle jeden Sinn verlieren würde. (!) Die Revolution kämpft nicht für Reformen, deren Einführung von der Regierung selbst für notwendig erachtet wird, sondern sie kämpft für die Vernichtung des Staates und der Monarchie und für die Einführung des sozialistischen Regimes. Der Plan der Regierung ist deshalb klar: Die Ordnung (!) aufrechterhalten, durch entschlossene Maßregeln das Volk gegen revolutionäre Ausschreitungen schützen und zu gleicher Zeit mit allen Kräften dahin streben, eine neue, auf Gesetz und „vernünftige Freiheit“ (!) gegründete Ordnung (!) zu schaffen.

Die Regierung weiß, daß sie Fragen verschiedenen Charakters gegenübersteht, von denen die einen durch die Duma und den Reichsrat, die anderen aber, die dringend sind, sofort entschieden werden müssen. Die ersten werden in der Zeit ausgearbeitet werden, die der Einführung der Duma vorangeht, die anderen sind diejenigen, die sich aus den in den kaiserlichen Manifesten angegebenen Grundgründen ergeben und deren teilweise Lösung die gesetzgeberische Tätigkeit der Duma nicht schädigen kann. . .

Es folgt nun in der satzungsbekanntem bauernfängerischen Manier die Aufzählung der geplanten „Reformen“. Zuerst soll die Agrarfrage geregelt werden. Aber wie? Man will „örtliche Agrarkommissionen“ schaffen und — „der Duma für die Lösung dieser außerordentlich komplizierten Frage reiches Material zur Verfügung stellen.“

Bauernfängerei!
Sodann sollen „einige (!) dringende Maßregeln hinsichtlich der bürgerlichen Gleichheit und der Religionsfreiheit“ (besonders für die „altgläubigen“ Bauern!) zur Ausführung gelangen.

Bauernfängerei!
Hinsichtlich der Judenfrage soll erwogen werden, „welche von den in dieser Hinsicht bestehenden Bestimmungen, die nur aufreißend wirken, sofort aufgehoben werden können; das gleiche soll hinsichtlich der Bestimmungen geschehen, die die Beziehungen zwischen den Juden und der russischen Nation (!) regeln und die als solche Gegenstand des nationalen Bewusstseins bilden, deren vorzeitige Lösung aber das Wert der gesetzgeberischen Einrichtung füren würde.“ — — —

Es wird weiter versprochen: Vermehrung der Volksschulen, Einführung der allgemeinen Schulpflicht, Verbesserung der materiellen Lage der Volksschullehrer. — Dann ist die Rede von Gesetzen über das Vereins- und Versammlungsrecht und über die Presse, Unverletzlichkeit der Person, bürgerliche Gleichheit, Verbesserung der Lage der Arbeiter, „staatliche Versicherung“. (!)

Auch die Galten und die Polen werden in die allgemeine Bauernfängerei mit hineingezogen, indem ihnen „Einführung der Semstwo und Munizipalitäten“ in Aussicht gestellt wird. In dem kunterbunten Versprechungsstragout kommt dann noch einmal das Schul- neben dem Steuer- und Polizeiwesen an die Reihe: die höheren und mittleren Schulen sollen „reformiert“ und eine Einkommensteuer soll eingeführt werden. Einer „Reform“ soll auch die heilige russische Polizei unterzogen werden, und zwar soll es eine „Reform“ bedeuten, daß diese Polizei mit der — Gendarmerei ver amalgamiert wird!

Bauernfängerei über Bauernfängerei!
Das Communiqué schließt mit der beruhigenden Versicherung, daß die „Ausnahmemaßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit“ in ein einziges Gesetz

zusammengefaßt und daß „die Vorarbeiten für die Einberufung eines nationalen Kirchenkonzils gemäß dem kaiserlichen Ukas fortgesetzt“ werden sollen!

An diese nichtsagenden Versprechungen reißen sich die Schlupfräsen des Communiqués würdig an, in denen die „verständigen Gruppen der Gesellschaft“ noch einmal um ihre Sympathien angebettelt werden und in verlogener Weise erzählt wird, daß die Regierung es für ihre Pflicht halte, die in der Presse oder in öffentlichen Versammlungen frei ausgesprochene Meinung nicht zu unterdrücken. Wenn diese Mittel zum Ausdruck der öffentlichen Meinung aber (!) gebraucht werden, um revolutionäre Ideen in Umlauf zu setzen, wird die Regierung nicht zögern, von ihren Organen die Anwendung aller gesetzlichen (!) Maßregeln zu verlangen, um eine Umwandlung der Mittel des Fortschritts in solche der Propaganda der Zerstörung und der Gewalttätigkeit zu verhindern.“

So endet das Gewäsch dieses tragikomischen „Communiqués“, dieses Dokuments einer verrotteten Regierung, die in ihrer eigenen Lüge ersinkt.

Ueber die im Communiqué erwähnten außerordentlichen Nachvollkommenheiten, die den „Feldgerichten“ eingeräumt werden sollen, besagt eine besondere Meldung das folgende: Petersburg, 6. September. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Der Kaiser hat den Beschluß des Ministerrats über die Errichtung von Feldkriegsgerichten genehmigt. Hiernach können die Generalgouverneure oder andere mit den Funktionen solcher betraute Behörden in solchen Bezirken, die unter dem Kriegsrecht stehen oder sich im Zustande des außerordentlichen Schanges befinden, Angeklagte vor ein Feldkriegsgericht verweisen. Falls es sich um ein offenkundiges Verbrechen handelt, ist seine Unternehmung notwendig. Ein Feldkriegsgericht wird auf den Antrag der Generalgouverneure oder der mit ihren Funktionen betrauten Behörden durch die Kommandanten der Garnisonen oder die Oberbefehlshaber von Detachements und die Hafenkommandanten eingesetzt und besteht aus dem Vorsitzenden und vier Offizieren des Landheeres oder der Flotte. Der Befehl zur Errichtung ergeht durch den Generalgouverneur binnen vierundzwanzig Stunden nach Berührung eines Verbrechens. Das Feldkriegsgericht tritt sofort zusammen und entscheidet über die Angelegenheit in 18 Stunden bei verschlossenen Türen. Der Spruch hat sofort Rechtskraft und wird nicht später als nach 24 Stunden auf Befehl der obgenannten militärischen Behörden vollstreckt.

Helden!

Warschau, 6. September. Der Direktor des Festungsgefängnisses wurde letzte Nacht von sechs wachhabenden Soldaten erschossen und der Eingang zu den Kojen gesperrt. Sämtliche Nachhelfer wurden getödtet. 56 Mitglieder des revolutionären Komitees wurden befreit. Die meuternden Soldaten sind mit den Bekleidungsgegenständen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. September.

Der Tippelskirch-Vertrag.

Die „Freis. Ztg.“ veröffentlicht heute die wichtigsten Paragraphen des famosen Monopolisierungsvertrages der Firma Tippelskirch.

Der Vertrag der Kolonialverwaltung mit der Firma Tippelskirch u. Co. Anfang Februar d. J. ist einem kleinen Kreise von Reichstagsabgeordneten, nämlich den Mitgliedern der Budgetkommission, zugänglich gemacht worden. Allerdings hat man dabei gerade wichtige Anlagen, die die Tragweite der kontraktlichen Bestimmungen vielfach erst erkennen lassen, gleichfalls mitgeteilt „vergesen“.

Zu dem Inhalt der Paragraphen macht die „Freis. Ztg.“ folgende Bemerkungen:

„Schon eine flüchtige Durchsicht des Vertrages ergibt, daß er nicht ungünstiger für die Reichsregierung und nicht günstiger für die Firma Tippelskirch u. Co. abgeschlossen werden konnte. Dr. Stübgen hat damit seine Verwaltung Herrn v. Tippelskirch mit gebundenen Händen übergeben, während der letztere sogleich Hinterlistern offen hat, daß es in der Tat als schwierig bezeichnet werden muß, eine vorzeitige Lösung des Kontrakts herbeizuführen. Abgesehen von den Fällen des Konkurses und des Todes, oder einer Mobilmachung des deutschen Heeres beziehungsweise der Marine, die hier nicht in Betracht kommen, bietet der Vertrag nur an zwei Stellen eine Handhabe zur Nichtigkeitsklärung. Einmal in § 10 bei Mängeln in der Lieferung. Hier ist aber der Rücktritt von dem Vertrage an so viele Klauseln und schiedsgerichtliche Urteile geknüpft, daß er schwerlich praktisch werden kann. Außerdem handelt es sich hierbei immer nur um Mängel, die sich sogleich bei der Abnahme herausstellen. Hat das Oberkommando die Waren abgenommen, dann ist Tippelskirch kaum noch regerepflichtig zu machen. Es existiert allerdings auch eine Bestimmung, die die Firma auch dann noch haftbar machen könnte; sie ist in § 11 enthalten und lautet: „Sollt nach der Abnahme von Waren noch Meinungsverschiedenheiten ergeben, unterwerfen sich beide Parteien der Entscheidung eines Schiedsgerichts, dessen Zusammensetzung näher Vereinbarung vorbehalten bleibt.“

Das ist aber so unbestimmt und nichtsagend wie möglich. Nicht einmal die Zusammensetzung des Schiedsgerichts ist festgelegt, so daß, wenn wirklich einmal der Fall eintritt, daß von der Kolonialabteilung noch nachträglich Reklamationen wegen der abgenommenen Waren erhoben werden, Tippelskirch die Entscheidung durch die Verhandlungen über die Zusammenlegung des Schiedsgerichts in s Unendliche verschleppen kann. Es ist ganz klar, daß dieser Paragraph mit Absicht dergestalt abgefaßt ist, nicht etwa aus bloßer Geschäftsunkenntnis der Leute von der Kolonialabteilung. Denn ganz anders lautet die Bestimmungen in dem Vertrage, der bereits am 12. Juni 1896 mit der Firma Heinrich Jordan abgeschlossen wurde. Hier wird ausdrücklich in § 8 vorgezeichnet:

Sollten in den abgenommenen Gegenständen bei späterer Ingebrauchnahme an der Verbrauchsstelle Mängel zutage treten, welche bei der Abnahme nicht bemerkt worden sind, die jedoch auf Verschulden der Firma Heinrich Jordan zurückzuführen sind, so hat die Firma Heinrich Jordan für die bemängelten Gegenstände, welche ihr zur Verfügung stehen, Ersatz zu leisten.

Von der Aufnahme dieser oder ähnlicher Bestimmungen in den Kontrakt mit Tippelskirch hat man Abstand genommen, sehr zum Schaden der Reichsverwaltung, wie die massenhaften Klagen über die geringe Dauerhaftigkeit der Tippelskirchschen Fabrikate beweisen.

Ein Rücktritt vom Vertrage ist sodann noch möglich auf Grund des zweiten Absatzes von § 15. Dort wird nämlich auf eine Anlage D Bezug genommen, welche die Gegenstände aufzählt, die Tippelskirch im Inlande und im eigenen Betriebe herstellen muß. In Bezug auf alle übrigen hat sich Tippelskirch laut § 2 Absatz 2 völlig freie Hand behalten; er kann sie selbst herstellen, er kann sie von anderen deutschen Fabrikanten, er kann sie schließlich sogar im Auslande herstellen lassen. Nur die Gegenstände in Anlage D muß er in seinem eigenen Betriebe produzieren. Welches sind aber diese Gegenstände? Ja, darüber schweigt des Sängers Pöhllichkeit. Die Kolonialabteilung hat sich nicht veranlaßt gesehen, diese äußerst bedeutende Anlage den Mitgliedern der Budgetkommission gleichfalls mitzuteilen, so daß man hier völlig im Dunkeln tappt.

Noch eklatanter tritt die Tatsache, daß der Vertrag nur einseitig die Interessen Tippelskirchs wahrnimmt in den Bestimmungen über die Preise zutage (§ 3). Hier stellt sich

die Sache in Wirklichkeit so, daß das Reich das gesamte Risiko bei ungünstigen Konjunkturen trägt. Tippelskirch aber die ganzen Vorteile bei günstigen Konjunkturen einheimst. Es ist zwar in dem § 3 auch von Preiserhöhungen die Rede, aber in einer Form, die Tippelskirch im Grunde zu nichts verpflichtet, während er schon in eigenen Interesse mit Preiserhöhungen nicht sparsam zu sein braucht. Das hat er ja auch verschiedentlich bewiesen. Auch in diesem Falle hätte der mit Heinrich Jordan kontrahierte Vertrag als Vorbild dienen können, wenn eben die Kolonialabteilung das ernste Bestreben gehabt hätte, das Reich vor Uebertreibungen zu bewahren. Ganz klar ergibt sich aus der Gegenüberstellung des Jordan-Vertrages mit dem Tippelskirch-Vertrage, wie schlecht bei dem letzteren der Vertreter des Reichskanzlers die Sache des Reichs wahrgenommen hat. Dort präzise und das wahre Interesse beider Teile berücksichtigende Bestimmungen, hier verschwommene Redensarten, die nur einseitigen Wert haben. Und dabei muß immer wieder betont werden, daß Dr. Stübgen den so ungünstigen Vertragsabschluss nicht mit mangelhafter Geschäftskunde entschuldigen kann; denn der von Dr. Kaiser mit Heinrich Jordan abgeschlossene Vertrag lag ihm vor und hätte von ihm nur kopiert zu werden brauchen.

Ist es nun schon unangehörlich, daß ein solcher Vertrag zustande kommen konnte, so ist die Vorgeschichte noch bezeichnender für die Kolonialverwaltung. Ingleich mit der Uebermittlung des Tippelskirch-Vertrages an die Budgetkommission ist auch eine Aufzeichnung über die Entwidlung der Geschäftsverbindung der Kolonialverwaltung mit der Firma von Tippelskirch u. Co. übergeben worden, ein Aktenstück, das sich natürlich krausphast bemächtigt, den Vertrag zu reaktivieren. Dieser Nachweis gelangt aber nicht im geringsten. Vielmehr ergibt sich ganz klar selbst aus dieser tendenziösen Darstellung, daß die Firma Tippelskirch den an sie gestellten Anforderungen gar nicht gewachsen war, und daß die Kolonialverwaltung jenes Unternehmen erst durch den Abschluß von langfristigen Lieferungsverträgen existenz- und lieferungsfähig machte. Man sollte es kaum für möglich halten, aber es ist Tatsache, daß zweimal die Firma fromm und frei an die Kolonialverwaltung herantrat und erklärte: „Wir brauchen zur Fortführung unseres Unternehmens eine Vergrößerung unserer Räume und sonstigen Anlagen; bewillige uns einen langfristigen Kontrakt, damit wir unsere Absichten durchführen können.“ Welches andere Privatgeschäft in Deutschland könnte sich erlauben, irgend einer staatlichen Verwaltung mit einem derartigen Verlangen zu kommen! Aber die Firma Tippelskirch u. Co. tat es, und — sie hatte Erfolg. Und so wurde, nachdem 1896 ein fünfjähriger Lieferungsvertrag abgeschlossen, bereits 1899 der Vertrag lange Zeit vor seinem Ablauf auf weitere fünf Jahre verlängert. Ebenso wurde schon im Jahre 1903 ohne weiteres ein neuer Vertrag bis 1911 geschlossen.“

Pfarrertag und Sozialdemokratie.

In Dresden tagt zurzeit ein Verbandstag der deutsch-ebangelischen Pfarrervereine, der sich gestern mit dem Fall Korell beschäftigte, da eines der Mitglieder, der Herr Arper-Weimar, den Antrag gestellt hatte, der Verbandstag möge erklären, daß die evangelischen Pfarrer für ihre amtliche Wirksamkeit „Freiheit in politischer und sozialer Beziehung“ beanspruchen und jede Beschränkung dieser Freiheit ihre amtliche Tätigkeit beeinträchtigt. Der Antrag gelangte jedoch nicht zur Annahme, sondern, wie sich in Anbetracht der Geistesverfassung der versammelten evangelischen Seelenhirten von selbst versteht, ein gegenteiliger Antrag, der gewissermaßen das Verfahren der heftigen Kirchenbehörde gegen Korell sanktioniert, indem er es als unvereinbar mit den Amtspflichten eines evangelischen Geistlichen bezeichnet, die politische Macht oder das Machtbewußtsein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei irgendwie zu stärken.

Kaum hatte Herr Arper seinen Antrag befürwortet, als auch schon einer seiner Brüder in Christo, Herr Pfarrer Deihmann (Cubach) folgenden Gegenantrag stellte: „Die Abgeordnetenversammlung des Verbandes deutscher evangelischer Pfarrervereine verzichtet auf eine Besprechung des Falles Korell wegen Mangels an genauere Information, scheidet sich aber veranlaßt zu folgender prinzipieller Erklärung: 1. Wir beanspruchen in politischer Beziehung die volle Freiheit, welche jedem Staatsbürger gewährleistet ist, und protestieren gegen jede Art von Bevormundung, welche die Aufgaben, Rechte und Pflichten unseres Standes beeinträchtigt. 2. Insbesondere fühlen wir uns berechtigt und verpflichtet, an den sozialen Aufgaben unserer Zeit in Gemeinde und Staat mitzuarbeiten und die materielle Besserstellung einzelner Volksschichten und -Schichten nach Kräften zu fördern, wenn und soweit nicht die sittlich-religiöse Entwicklung und das Allgemeinwohl dadurch gehemmt und gefährdet werden. 3. Eben deshalb und unter denselben Bedingungen werden wir auch sozialdemokratischen Mitgliedern unserer Gemeinde gern in jeder Weise dienen, so lange sie zur Religion und Kirche sich bekennen, erklären oder jegliche Unterstützung der sozialdemokratischen Partei als solcher durch einen evangelischen Geistlichen wegen deren antireligiöser Tendenz für unbedingt ausgeschlossen.“

Pfarrer Arper bemerkte darauf: Er glaube kaum nötig zu haben, den Antrag noch zu befürworten, daß die Geistlichen vollständiger Freiheit bedürfen. Er halte es für verfehlt, einen Beschluß gegen die Sozialdemokratie zu fassen. Er kenne keinen evangelischen Geistlichen, der mit den Sozialdemokraten liebäugle, es liege also für die deutsch-ebangelischen Pfarrer keinerlei Anlaß vor, die Sozialdemokraten von ihren Hochsöhnen abzuschütteln. Er halte es aber auch aus taktischen Gründen für falsch, einen Beschluß gegen die Sozialdemokratie zu fassen. Vorläufig stehe noch immer auf dem Programm der Sozialdemokratie: „Religion ist Privat-sache.“

Pastor Wahl (Hessen-Darmstadt): Er müsse dem Vorredner ganz entschieden widersprechen. Die Sozialdemokraten würden es als Unflösigkeit, wenn nicht als Freizheit bezeichnen, wenn die evangelischen deutschen Pfarrer nicht entschieden in dieser Angelegenheit Stellung nehmen wollten. Es wäre grundsätzlich, ja die Offensivität würde es nicht verstehen, wenn die evangelischen Pfarrer nicht offen Farbe bekennen wollten. Vor den Folgen der Beschlußfassung dürfe man eben nicht scheuen. (Beifall.) Er erwiebe, folgendem Antrage zuzustimmen: „Wir halten es im allgemeinen für Pflicht des Verbandes deutscher Pfarrervereine, bei Verteilung der Verhältnisse in den einzelnen Landeskirchen die sorgfältigste Juridhaltung zu beobachten. Darum lehnen wir es ab, zu dem Falle Korell klar und deutlich Stellung zu nehmen, da er für die öffentliche Meinung nicht genügend geläutert ist und innerhalb der heftigen Landeskirche selbst gegensätzliche Beurteilung erfährt. Die Tatsache indes, daß eine deutsch-ebangelische Kirchenbehörde die politische Haltung eines Geistlichen zum Gegenstande behördlicher Korrektur machte, veranlaßt uns, grundsätzlich zu erklären: 1. Wir fordern für das politische und soziale Wirken des Geistlichen die Freiheit, wie sie ihm als Staatsbürger zukommt und wie sie eine Bedingung für die Ausübung seiner Amtspflichten im öffentlichen Leben ist. Das Eintreten für die Aufrechterhaltung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung insbesondere kann dem Geistlichen nicht zu einer aus dem Amte der Wortverkündigung stehenden Pflicht gemacht werden. 2. Wir halten es für selbstverständlich, daß jeder evangelische Geistliche den gesunden Zielen sozialer Reformen, vor allem der Hebung und Sicherung der Lage des Arbeiterstandes, das tatkräftigste Interesse entgegenbringt: des-

gleichen daß er allen Gliedern seiner Gemeinde, ohne Rücksicht auf ihre politische Parteistellung, in seelsorgerischer Liebe dient. Aber wir hatten es mit gleicher Gewißheit für unvereinbar mit den Amtspflichten eines Geistlichen, die politische Macht und das Machtbewußtsein einer solchen Partei bewußt zu stärken, die, so wie die heutige Sozialdemokratie, sowohl die religiösen wie sittlichen Grundlagen unseres christlichen Volkslebens tatsächlich zu zerstören sucht." (Lebhafte Beifall.)

Pastor Lic. Schäfer (Rheinland): Er könne dem Vorredner nur in jeder Beziehung zustimmen. Der Geistliche sei verpflichtet, das Zukunftsrädel der Sozialdemokraten als Unsinn, das es doch sei, zu bezeichnen. Auch sei es notwendig, die antinationalen und antireligiösen Tendenzen der Sozialdemokratie zu bekämpfen.

Pastor Zimmer (Rheinland): Er halte es für sehr bedenklich, daß der Pfarrer sich in politische Parteistreitigkeiten mische. Er sei von seiner Behörde zur Verantwortung gezogen worden, weil er in der engeren Wahl gegen den ultramontanen Kandidaten Stellung genommen habe.

Pastor Niehm (Rheinland): Er könne sich auch nicht für den Antrag Wahl erklären. Dann mühte man sich doch konsequenterweise auch gegen die destruktiven Tendenzen des Ultramontanismus erklären. (Beifall und Widerspruch.)

Schließlich gelangte der Antrag Wahl mit großer Mehrheit zur Annahme.

Die Herren Pfarrer haben ihre Wirksamkeit im Dienste der heutigen Wirtschaftsordnung und des modernen Klassenstaats treffend gekennzeichnet. —

Deutsches Reich.

Freisinnige Wählagen.

Die „Freisinnige Zeitung“ regt sich über ein sozialdemokratisches Flugblatt auf, das aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahl im Wahlkreis Stade-Bremervörde verbreitet wird und, wie das ehrsame Blatt behauptet, an Verleumdungen der Freisinnigen Volkspartei wieder einmal das Menschennögliche leistet. Die „Freis. Ztg.“ erklärt es nämlich für eine Verleumdung, daß in dem Flugblatt gesagt wird, die Freisinnigen hätten in den Stadtgemeinden meistens die reaktionären Wahlrechte unterfützt. Damit hat sie ihrem eigenen Kandidaten im Wahlkreise, Herrn Lehrer Otto, den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen. Herr Otto ist Mitglied der liberalen Stadtverordnetenfraktion in Charlottenburg und hat sich als deren Sprecher in der Sitzung vom 7. September 1906, also vor genau zwei Jahren, als Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Kommunalwahlen bekannt. Die Sozialdemokraten hatten einen Antrag eingebracht, worin der Magistrat aufgefordert wurde, mit anderen Kommunen gemeinsame Schritte zur Übertragung des Reichstagswahlrechts auf die Wahlen zu den Gemeindevertretungen zu unternehmen. Der Ausschuß, dem der Antrag zur Vorberatung überwiesen war, beschloß, den Magistrat zu ersuchen, mit den Vertretern anderer Kommunen in Verbindung zu treten, um gemeinsam geeignete Schritte bei den gesetzgebenden Faktoren behufs Erreichung des Dreiklassenwahlrechts durch das geheime, gleiche, allgemeine, nur an die Verbindung eines einjährigen Aufenthalts geknüpfte Wahlrecht unter Aufhebung des Privilegs der Hausbesitzer bei den Wahlen zur Gemeindevertretung zu unternehmen.

Diesen Antrag bekämpfte in besonders scharfer Weise und als erster Diskussionsredner Herr Otto, der freisinnige Kandidat von Stade-Bremervörde. Er erkannte zwar die Reformbedürftigkeit des Gemeindevahlrechts an, erklärte sich aber gegen das allgemeine Wahlrecht und für Beibehaltung, wenn auch Einschränkung des Hausbesitzerprivilegs. In den Gemeindeverwaltungen dürfe nur mitraten, wer mitzahlt, d. h. wer etwas zu den Gemeindefinanz beiträgt. Bezüglich des Hausbesitzerprivilegs meinte der freisinnige Redner, daß seine Freunde zwar dessen Reformbedürftigkeit in seiner jetzigen Ausdehnung anerkennen, aber der Abschaffung dieses Privilegs nicht zustimmen könnten. Herr Otto setzte es dann durch, daß der Ausschuhentwurf zu Falle gebracht und an seiner Stelle ein ganz verschwommener und nichtslagernder Antrag angenommen wurde.

Natürlich wird die „Freis. Ztg.“ ihrer Gewohnheit gemäß diese altentworfene Festsitzung wieder als Verleumdung, gemeine Lüge und dergleichen bezeichnen. Wir raten ihr deshalb, bevor sie das tut, den stenographischen Bericht der hier erwähnten Verhandlungen der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung zu lesen, der unsere Ausführungen vollständig bestätigt. Herr Otto aber möge sich bei der Redaktion des Hauptorgans seiner eigenen Partei bedanken, wenn er nun in der Öffentlichkeit als das erscheint, was er in Wirklichkeit ist, als Gegner des allgemeinen Wahlrechts für die Gemeindevertreterwahlen. —

Die Stipendiaten der Firma Tippelskirch.

Das Scherblatt hatte vor einigen Tagen eine Auslassung gebracht, nach der nicht nur der Major Fischer, sondern auch noch eine Reihe anderer Offiziere in einem Stipendiatenverhältnis zur Firma Tippelskirch gestanden hätten. Die „Tägliche Rundschau“ hatte auf diesen Angriff dadurch quittiert, daß sie behauptete, der Leiter des Oberkommandos der Schütztruppen Oberstleutnant Quade selbst sei der Inspirator dieser Notiz gewesen. Herr Quade sandte daraufhin der „Täglichen Rundschau“ eine Nichtigstellung zu, wonach er nicht der Veranlasser der Notiz gewesen ist. Diese Erklärung wird in der heutigen Nummer der „Nordd. Allgem. Ztg.“ ebenfalls an leitender Stelle wiedergegeben, und zwar mit dem Vermerk, daß Oberstleutnant Quade die „Tägl. Rundschau“ verklagen lassen werde.

In der Erklärung des Oberstleutnant Quade wird bestätigt, daß ein Offizier nicht unbedeutende Schuldverpflichtungen für gelieferte Gegenstände bei der Firma Tippelskirch und mehrfach auch Vardarlehen von der Firma beziehungsweise einem Teilhaber derselben erhalten habe. Der betreffende Offizier habe sein Verhältnis zur Kolonialfirma damit begründet, daß die Firma für ihn wie andere Offiziere der Schütztruppe, die von früher mit von Tippelskirch befreundet waren, den Charakter einer Bank gehabt habe, bei der auf dem tausenden Konto bald ein Guthaben, bald ein Schuldbetrag gestanden habe. Die äußerst vielseitige Geschäftspraxis dieser Firma erfährt durch diese Erklärung eine interessante Bereicherung!

Das Scherblatt bemerkt zu der Angelegenheit, die Behauptungen der „Tägl. Rundschau“ seien von Anfang bis zu Ende eine dreiste Unwahrheit, für die es keine andere Erklärung gibt als die Angst und den brennenden Rachedurst ihrer durch die Kolonialskandale bedrohten oder bereits belästigten Hintermänner.

Ich Schöbe des Kolonialskandals muß also noch manches Geheimnis schlummern, das wirklich aus Tageslicht gezogen zu werden verdient. Ob Erzherzog Dermburg der Mann sein wird, den Schleier von diesen Geheimnissen rücksichtslos hinwegzuziehen?!

Der Reichstagsabgeordnete Fusangel, der ungeratene Sprößling des Zentrums, stellt den Langmut der frommen Väter seiner Fraktion auf eine harte Probe. Er ist zurzeit, wie der „Frankf. Ztg.“ aus Essen berichtet wird, in nicht weniger als vierzig Prozessen verwickelt — und zwar größtenteils mit Redakteuren gesinnungsgenösslicher Zeitungen. Da Herr Fusangel sich auf seine parlamentarische Immunität beruft, so wird bis zur Erledigung der Prozesse noch recht viel Zeit vergehen. In Essen hat kürzlich sogar eine Versammlung von Zentrums-Redakteuren, die sich mit ihm in Klage befinden, stattgehabt, um über ein gleichmäßiges Vorgehen zu beraten. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat sich bereits mit einem direkten Antrag auf Ausschließung Fusangels zu beschäftigen gehabt. Sie glaubt ihm aber nicht stattgeben zu können, weil es an Bestimmungen über den Ausschluß aus Partei und Fraktion fehlt.

Zum Glück für die Greise der Zentrumsfraktion besitzt Herr Fusangel zwar den Ehrgeiz, seinem Namen das „M. d. R.“ hinzuzufügen, nicht aber sich an den parlamentarischen Arbeiten zu beteiligen. —

Krieg im Frieden. Von den Märdern bei Hirschberg (Schlesien) berichtet die Breslauer „Volkswacht“: Glühend brannte den ganzen Tag (Sonabend) die Sonne vom wolkenlosen Himmel und verurteilte schon am frühen Morgen eine tropische Hitze. Diese Hitze und dabei der Marsch mit dem schweren Kriegsgepäck, im ungewohnten bergigen Terrain, hatten zur Folge, daß schon eine große Anzahl von Soldaten auf dem Wege zum Gefecht „schlapp“ machten. Vom 134. Infanterie-Regiment, das um sechs Uhr, und vom Königs-Grenadier-Regiment, das um acht Uhr auf die Kapelle zu ausrückte, fielen die ersten schon vor Verbidorf um. Später lagen die Soldaten als Opfer der Hitze Mann an Mann in Gehöften und Gärten, wie im Schatten der Bäume an der Straße. Die Ärzte und Sanitätskolonnen vermochten nur unter der größten Mühe allen gefallenen Opfern Hilfe zu leisten. Die Schwerkranken wurden mittels Krankenträger nach dem Hirschberger Garnisonlazarett gefahren, während die leicht Erkrankten, nachdem sie sich etwas erholt hatten, abteilungsweise in ihre Quartiere geschickt wurden. Todesfälle sind bisher zum Glück noch nicht zu verzeichnen gewesen, aber die Anstrengungen wachsen noch während der nächsten Tage und es bleibt abzuwarten, welche Opfer die Theorie von der „Gewöhnung an Strapazen“ noch erfordern wird. —

Zu dem Straftatumsult in Frankfurt a. M., über den wir bereits gestern nach der „Frankf. Ztg.“ berichteten, wird uns von dort geschrieben:

Die Frankfurter Altstadt war am Dienstagabend der Schauplatz eines Zusammenstoßes zwischen Polizeimannschaften und größeren Menschenmassen, wobei der Säbel, ähnlich wie in Breslau und Nürnberg, eine traurige Rolle spielte. Der Anlaß dazu war ein geringfügiger. Aus der Bäckerei des Bierhändlers in der Schmurgasse war ein älterer Hausierer wegen angeleglicher Trunkenheit und Meinungs zu unanständig auf die Straße gesetzt worden, daß er sich am Bordstein eine Schädelverletzung zuzog und sich die Zunge durchstieß. Passanten, die sich um den blutenden am Boden Liegenden sammelten, nahmen für ihn Partei und stießen Drohungen und Verwünschungen gegen den Bierhändler aus, der es schließlich vorzog, seinen Laden zu schließen. Die Menschenansammlung nahm rasch einen größeren Umfang an, da die Schmurgasse als Hauptverkehrsader der inneren Altstadt in den Abendstunden sehr belebt ist. Die zunächst vereinzelt hinzugelassenen Schaulustige vermochten die Menge nicht zu beruhigen, und als der Verletzte durch einen Krankenwagen fortgeschafft worden war, entwickelten sich Meiderien zwischen den Schaulustigen und den Anstehenden, die der Weisung zum Weitergehen nicht ohne weiteres nachkamen. Inzwischen waren aus den zahlreichen engen Nebenstraßen und Gassen der Altstadt auch allerlei zweifelhafteste Elemente beiderlei Geschlechts herbeigeströmt. Diese Elemente begannen nun, die Polizisten zu höhnen und zu beschimpfen; es wurde geschliffen und gepöffelt; angeblich soll auch mit Steinen geworfen worden sein. Die Schaulustigen telephonierten um Hilfe, die bald vom 1. und vom 2. Revier ankam. Das starke Polizeiaufgebot zog noch mehr Reugierige an, und bald waren alle Straßen zwischen der Feil und dem Main dicht besetzt.

Die Polizei verstand es aber nicht, mit dem nötigen Takt vorzugehen. Nach übereinstimmenden Berichten soll besonders der Kommissar vom 3. Revier durch sein überschneidendes Auftreten zur Verschärfung der Situation beigetragen haben. Er ließ die Schaulustigen sofort bündeln ziehen und erbiiterte dadurch die Menge nur noch mehr. Vom Polizeipräsidium war unterdessen nach allen Revieren telephoniert worden und alle Strafbehörden beauftragt die verfügbaren Polizeimannschaften zur Altstadt, so daß dort in kurzer Zeit an 150 Schaulustige, darunter 8 Veritene, zusammengezogen waren, die von 8 Wachtmeistern, 4 Kommissaren und einem Polizeinspektor kommandiert wurden.

Rum ging die Polizei daran, Straßenabsperungen und Säuberungen vorzunehmen, was bei den nach Tausenden zählenden Menschenmassen und den vielen engen Gassen notwendig zu blutigen Zusammenstößen führen mußte. Leider waren es, wie fast immer bei solchen Erzeihen, völlig Unbeteiligte, die von den Schaulustigen übel zugerichtet wurden. Es sind eine ganze Anzahl schwerer Verletzungen vorgekommen. Der 27jährige Maurer Müller, der auf dem Dampfab vor den mit gezogenem Säbel einherführenden Schaulustigen nicht schnell genug fliehen konnte, erhielt einen Stich in den Rücken, und als er sich umwandte, einen zweiten Stich in den Leib. Dem 42jährigen Fuhrmann Greiner, der in der Kanengießergasse vor seiner Haustür stand, wurde von einem Schaulustigen mit einem Säbelhieb die linke Hand bis auf den Knochen durchgehauen. Auch der Maurer Rod erhielt einen Säbelhieb über die linke Hand, der Arbeiter Seib eine klaffende Wunde im Rücken, der Arbeiter Roth einen Säbelhieb über den Kopf, ein 27jähriger Mann, namens Brenner, einen 10 Zentimeter langen und 3 Zentimeter tiefen Stich in den rechten Oberarm.

Verhaftet wurden insgesamt 30 Personen, die bereits wieder freigelassen worden sind; wie gemeldet wird, soll gegen sie nur wegen groben Unfugs vorgegangen werden. Wenn sich das letztere bewahrheitet, d. h. wenn davon abgesehen wird, den Tumult zu einem Landfriedensbruch aufzubauschen, so wird das in der Frankfurter Bevölkerung ebenfalls allgemeine Zustimmung finden. —

England.

Der Trade-Unionkongress.

London, 4. September. (Fig. Ver.) Der 39. Kongress der Trade-Union wurde gestern in Liverpool eröffnet. Es sind 491 Delegierte anwesend. Zum Vorsitzenden wurde einer der alten Gewerkschaftsführer, Cummins, der Sekretär der Kesselschmiede, bestimmt.

Der erste Tag nahm folgenden Verlauf: Der Oberbürgermeister von Liverpool begrüßte den Kongress in längerer Rede, in der er für ein friedliches Zusammengehen der Unternehmer und der Arbeiter plädierte. Dann sprach der Bürgermeister von Warrington und machte folgende interessante Bemerkung: „Es gab eine Zeit, wo die Macht des Landes beim Grundadel lag. Dann wurde sie in die Hände der Mittelklasse, der Fabrikanten und Kaufleute, gelegt. Jetzt geht die Macht des Landes in die Hände der Arbeiter über. Ich glaube, das Land wird dabei nicht schlecht fahren; denn je größer die Zahl der Bürger, die sich um das Wohl des Landes kümmern, desto besser für alle. Der Bürgermeister von Bootle meinte, England könne kein Beginn des regierenden Einflusses der Arbeiterklasse. Ich bin überzeugt, daß in der Zeit zwischen dem jetzigen und dem nächsten Liverpooler Kongress eine

ganze Anzahl von Gesetzen zum Wohle der Mehrheit des Landes erlassen sein werden.“

Die erste Arbeit des Kongresses galt einer Sympathieresolution mit dem russischen Volke, die der Vorsitzende verlas und begründete. Sie lautet:

„Dieser Kongress, der die organisierten Arbeiter Großbritanniens und Irlands vertritt, drückt seine herzlichste Sympathie mit dem russischen Volke aus in seinem tapferen Kampfe für politische und wirtschaftliche Freiheit. Wir bedauern tief den schrecklichen Verlust an Leben und die schrecklichen Leiden jenes unglücklichen Landes und hoffen, daß der Jar dem gegenwärtigen Zustande ein rasches Ende bereiten werde durch die Bewilligung der Forderungen des Volkes und durch die Gewährung eines auf dem Grundsätze der repräsentativen Regierung beruhenden Parlaments.“

Zur Begründung der Resolution sagte Cummins: „Wir sind alle der Ansicht, daß eine solche Resolution des britischen Gewerkschaftskongresses nötig ist. Obwohl uns die schrecklichen Kämpfe jenes unglücklichen Landes nicht überraschen, so gibt es keinen unter uns, der mit den dort angewendeten Methoden — Bomben und Attentaten — sympathisieren könnte.“

Die Rede fand nicht den Beifall des Kongresses.

Unterstützt wurde die Resolution durch Sexton, den Führer der Liverpooler Arbeiter. Er sagte: „Vor unseren Augen wiederholt sich die alte Geschichte vom Befreiungskampfe eines in Sklavenketten schmachtenden Volkes. (Beifall.) Noch einem langen und opferreichen Kampfe haben sich die Russen das Geburtsrecht jedes freien Bürgers erworben: sich selbst regieren zu dürfen. Aber plötzlich wurde dieser Sonnenstrahl, der den dunklen Pfad des russischen Volkes beleuchtete, in rauher Weise von den regierenden Mächten Rußlands ausgelöscht. Unter solchen Umständen kann es nicht meine Aufgabe sein, nach Entschuldigungen für die Bombenattentate zu suchen. Das vergossene Blut fällt auf das Haupt der Bürokratie. (Beifall.) Die Arbeiter Englands würden eine ihrer heiligsten Pflichten vernachlässigen, wollten sie nicht mit unabweislicher Stimme dem russischen Volke ihre aus tiefstem Herzen kommende Sympathie aussprechen. Es lebe die Duma! (Großer Beifall.) Die Delegierten erheben sich von den Sitzen, um ihre einstimmige Billigung der Resolution zu bezeugen.“

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

26. Sitzung vom Donnerstag, den 6. September 1906, nachmittags 5 Uhr.

Mit der heutigen Sitzung nimmt die Vertretung der Berliner Bürgererschaft ihre durch zwei Monate Sommerferien unterbrochen gewesene Tätigkeit wieder auf. Die Tagesordnung ist eine ganz außerordentlich umfangreiche, sie weist nicht weniger als 93 Nummern auf, darunter 71 in öffentlicher Sitzung zu verhandelnde. An der Spitze stehen die schon vor den Ferien wiederholt vertagten Restanten: 1. die Denkschrift betr. den Hebergang einzelner Zweige der Wohlfahrtspolizei auf die Stadtgemeinde Berlin, 2. die Magistratsvorlage wegen Erhebung einer Villett- und einer Lustbarkeitssteuer.

Der Vorsitzende Dr. Vangerhaus eröffnet die Sitzung um 1/8 Uhr mit freundlichen Begrüßungsworten an die erschienenen Mitglieder.

Auf seinen Vorschlag setzt die Versammlung die Beratung der beiden erwähnten Restanten auch heute von der Tagesordnung ab.

Die Beschlüsse der Versammlung zur anderweitigen Festsetzung der Besoldungsverhältnisse des Lehrpersonals an den Gemeindefschulen (Festsetzung des Grundgehalts der Lehrer auf 1350 M. unter fast unveränderter Beibehaltung des bisherigen Altersstufen-systems, während der Magistrat nach dem Muster der meisten Kommunen 1450 M. gewährt, aber dafür die Alterszulagen ermäßigen wollte) hat der Magistrat abgelehnt. Zur neuerlichen Erörterung der Angelegenheit schlägt er die Einsetzung einer gemischten Deputation vor.

Stadt. Cassel (M. V.) hält für selbstverständlich, daß die Versammlung einstimmig dem Magistratsvorschlag beitrifft, um diese so wichtige Sache sobald als möglich endgültig zu ordnen. Er hebt hervor, daß der Magistrat in der Begründung seines Vorschlages unterläßt, auf die von der Versammlung gewünschte Beibehaltung des bisherigen günstigeren Systems der Alterszulagen hinzuweisen (Zustimmung des Stadt. Singer); auch würden selbst nach dem Magistratsvorschlag noch Städte mit höherem Grundgehalt übrig bleiben. Er schließt aber mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß in der Deputation eine Verständigung zustande kommen wird.

Der Magistratsantrag gelangt darauf zur Annahme. Das Gehalt für die zu besetzende Stelle eines Stadtschulrats soll auf 12000 M. normiert werden, wie der Magistrat zur Kenntnisnahme mitteilt.

Dierzu ist von den Stadt. Singer u. Gen. (Soz.) ein Antrag eingebracht worden, in gemischter Deputation über eine anderweitige Organisation des städtischen Fach- und Fortbildungsschulwesens zu beraten.

Stadt. Cassel wünscht diesen sehr wichtigen Antrag bis zur nächsten Sitzung zu vertagen und bittet die Versammlung, heute auch dessen Begründung nicht entgegenzunehmen. Der Antrag betreffe eine sehr wichtige Materie, er werde wohl auch vielfach Entgegenkommen finden, bedürfte aber vorheriger Erörterung und Prüfung sowohl in den Fraktionen als im Magistrat.

Stadt. Singer (Soz.): Ich bitte, den Antrag begründen zu dürfen und die Versammlung, danach ihren Beschluß zu fassen. Ich bestreite das geschäftsordnungsmäßige Recht, vor der Begründung die Ablegung des Antrages zu verlangen, nicht, aber dann hätte auf die Sache selbst nicht eingegangen werden müssen, wie es Herr Cassel doch getan hat. — Die dringende Notwendigkeit einer Änderung der betreffenden Organisation ist schon wiederholt, zuletzt im Ausschusse für die Befugung der Stadtschulratsstelle betont worden. Auch wir verkennen nicht, daß das Fach- und Fortbildungsschulwesen die Fortsetzung des städtischen Volksschulbildungswesens darstellen soll, aber es muß doch auch ausgegliedert werden: die Entwidlung des ersteren hat jetzt so enorme Dimensionen angenommen, es hat jetzt so unendlich große Aufgaben zu erfüllen, daß es nachgerade zur Unmöglichkeit geworden ist, beide Aufgaben durch einen Mann lösen zu lassen. Vielleicht ist der Verlust, den die Stadt durch den Tod des Schulrats Gerstenberg erlitten hat, zum Teil auf die Ueberbildung zurückzuführen, die er in diesem Doppelpostamt auf sich nehmen mußte. Nachdem wir die Pflichtfortbildungsschule bekommen haben, muß das Fach- und Fortbildungsschulwesen einem besonderen Leiter unterstellt werden. Wegen die Einsetzung eines dritten Stadtschulrats sprechen gewichtige Gründe; ob der andere Vorschlag, einen besonderen Dezernenten ohne die sonstigen Befugnisse eines Schulrats anzustellen, praktisch ist, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls muß die Frage gründlich geprüft werden, und dazu beantragen wir die Einsetzung einer gemischten Deputation; gerade jetzt scheint und der Zeitpunkt dazu gegeben zu sein. Wir wollen in dieser Frage auch von Anfang an mit dem Magistrat gemeinsam arbeiten. Wegen die Ablegung des Antrages von der heutigen Sitzung haben wir, nachdem mir die Begründung vorzutragen gestattet worden ist, nichts einzuwenden.

Stadt. Cassel will im Interesse der Geschäfte der Versammlung der Versammlung widersprechen, auf diese Begründung sofort näher einzugehen, und wiederholt einfach den Antrag auf Ablegung des Antrages Singer von der heutigen Tagesordnung.

Die Versammlung beschließt demgemäß. Eine große Anzahl Nummern, die mehr formale oder sonst prinzipieller Bedeutung entbehrende Angelegenheiten betreffen, passiert ohne jede Debatte.

Die Vorlage wegen Festsetzung von Fluchtlinien für eine Verbindungsstraße zwischen der Neuen Königstraße und Mendelssohnstraße im Zuge der Gollnow- und Poststraße geht an einen Ausschuss.

Die Rigdorf-Treptower Gemeindebezirksgrenze hemmt durch ihre außerordentlich unregelmäßig verlaufende Richtung die Entwicklung der beiden Gemeinden und beeinflusst diese vielfach ungünstig. Da in der Gemarkung Treptow auch Berlin umfangreichen Grundbesitz hat und vertragsmäßig die Gas- und Wasser-Versorgung Treptows übernommen hat, sind seit 1900 Grenzregulierungsverhandlungen zwischen den drei Gemeinden gepflogen worden, die zu einem vorläufigen Vertragsabschluss geführt haben. Der Auseinanderlegungsbefehl wird der Versammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Stadtv. Vergmann (Soz.): Nach der Vorlage kommt Berlin mit einem blauen Auge davon, denn es ging doch i. Z. das Gerüde, daß Rigdorf ganz Treptow eingemeindet wollte, auch den städtischen Plänenwald und den Treptower Park. Gewisse Bedenken sind und aber auch gegen die Vorlage aufgetaucht. Die unregelmäßig verlaufende Entwicklung der Grenzen ist nicht bloß bei Rigdorf und Treptow ein Hindernis und eine Schwierigkeit für Berlin, sondern dieser Mifstand erstreckt sich über die ganze Berliner Reichsbezirksgrenze. Auch hier ist die bisherige mangelhafte Lösung der Eingemeindungsfrage die Quelle des Übels. Es war doch auch von der Eingemeindung von Blöensee die Rede, die auf Veranlassung der Regierung selbst erfolgen sollte, aber man hört nichts mehr davon; das vorhandene Übel besteht fort, insbesondere auch im Norden Berlins, wie ganz neuerdings aufgetretene Vorkommnisse wieder beweisen. Man hört vielmehr, daß die Regierung den Vorortsgemeinden verboten habe, mit Berlin in Eingemeindungsverhandlungen zu treten. Es ist wahrlich an der Zeit, daß auch der Magistrat sich eifriger dafür einlegt, daß die große Eingemeindung der Vororte in Berlin endlich zur Durchführung gelangt.

Die Vorlage wird angenommen. Die Vorlage, welche die diesmal gegen die Richtigkeit der Gemeinde-Wählerliste erhobenen Einsprüche mit den vorläufigen amtlichen Bemerkungen enthält, wird auf Vorschlag des Vorsitzers dem Ausschuss für Unbeforderte überwiesen.

Zur Kenntnisnahme legt der Magistrat die allvierteljährliche Uebersicht über die für Erwerb von Straßenland oder Baubefreiungen auf Grund von Entschädigungsbeschlüssen oder richterlichen Entscheidungen gezahlten Beträge vor. In der Uebersicht handelt es sich diesmal um 6 Grundstücke im Scheunenviertel.

Stadtv. Vergmann: Wir haben stets dafür plaidiert, daß die Enteignung der freien Vereinbarung vorgezogen werde, die diesmalige Vorlage beweist, daß die Einleitung des Enteignungsverfahrens für die Stadt tatsächlich das vorteilhafteste ist. (Lebhafte Wiederholung.)

Stadtv. Kühmann (Fr. Fr.): Kollege Vergmann geht doch von unrichtigen Voraussetzungen aus. Im Enteignungsverfahren muß die von der Polizei festgesetzte Summe hinterlegt werden und dann folgt der Enteignungsprozeß. Was der Magistratsrat Franz ausgesprochen hat, daß die gerichtlichen Ausprüche dem zu Enteignenden außerordentlich günstig sind, ist durchaus zutreffend. Es handelt sich diesmal vorwiegend um solche Häuser aus dem Scheunenviertel, deren Besitzer ganz besonders hohe Forderungen gestellt hatten, die im Enteignungsverfahren herabgedrückt werden konnten.

Stadtv. Haberland (N. L.): schließt sich diesen Ausführungen an.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Zur Abtumpfung der Ede Garten- und Jnda-Ildenstraße sollen neue Fluchtlinien festgesetzt und soll das Grundstück Gartenstraße 93 von der Stadt erworben werden.

Auf Antrag K. A. (N. L.), der auch den Erwerb von Gartenstraße 93 verlangt, welches Grundstück sonst als Eisbod stehen bleiben würde, wird Einsetzung eines Ausschusses beschloffen.

Der Verein „Berlin-Treptow-Sternwarte“ hat die Stadtgemeinde um Ueberweisung seines Terrains in Treptow als Eigentum und um eine größere Summe zum massiven Neubau der Sternwarte, ev. um eine höhere Beihilfe, für längere Zeit umwiderruflich, gebeten. Der Magistrat will lediglich für 1907 eine Erhöhung der z. Z. 8000 M. betragenden jährlichen Beihilfe auf 12000 M. eintreten lassen.

Stadtv. Realschuldirektor Hellwig (N. L.) bedauert lebhaft, daß der Magistrat dem eigentlichen Wunsch und Antrag des Vereins nicht näher getreten ist, und beantragt Ausschussberatung.

Die Versammlung gibt diesem Antrag statt.

Die Vorlage betr. die Verwendung des der Stadt aus der Jagow-Stiftung zuziehenden Zehntels der Stiftungseinkünfte aus 1906 wird auf Antrag des Stadtv. Arons (Soz.) bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt, um Zeit zur Erwägung anderweiter Verwendungsvorschläge zu gewinnen.

Für den Empfang der Internationalen Law-Affoziation durch die Stadt in der ersten Oktoberwoche, werden 5000 M. bewilligt.

Schluß 10 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Kirche, Polizei und Klassenstaat.

Den Crimmitschauer Verkünder der christlichen Nächstenliebe werden die Crimmitschauer Textilarbeiter und das deutsche Proletariat nicht vergessen. Er war es, der damals, als die deutsche Arbeiterbewegung den Kindern ihrer ausgeperrten Brüder und Schwestern den Weihnachtstisch deckte, Worte vernahm, die von allem anderen, nur nicht von „christlicher Barmherzigkeit“ überflossen. Dieser Pastor hat sich damals den Dank der Crimmitschauer Textilarbeiter verdient.

Auf dem Festabend „zu Ehren von Arbeiter-Jubilaren des Spinner- und Fabrikanten-Vereins“ feierte der „Diener des Herrn“ den Abend als ein „Familien-, Sieges-, Erntedank- und Gebetsfest“. „Es beweise, daß Arbeiter und Unternehmer in Crimmitschau in Freud und Leid zusammengehören. Die Arbeitsverhältnisse seien hier so geregelt, daß die meisten der nach auswärts gegangenen Arbeiter zu den Fleischtöpfen Crimmitschaus zurückgekehrt seien“. Es sei eine Erntedankfeier; es könne auch in diesem Jahre „die Industrie sich einer gesegneten Ernte erfreuen“. Das Fest solle aber auch eine Gebetsfeier sein. „Wir bitten Gott, daß in Crimmitschau immer ein guter Geist herrsche, der das „Vete und arbeite“ hochhält, daß in unserer Industrie immer eine gute Ernte gehalten werden kann.“

Das Verhalten dieses Pastors geistelte am Abend des 5. September der Genosse Bartels aus Leipzig in einer öffentlichen Textilarbeiterversammlung zu Crimmitschau. Dabei kam es zu folgender charakteristischen Episode: Unser Genosse führte aus, daß wir in einem Klassenstaate leben und daß so wie heute die offizielle Kirche zu allen Zeiten der Geschichte auf der Seite der herrschenden Klassen gestanden habe. Auch der Pastor Schink sei Angehöriger dieser Kirche. Er gehöre mit seinem Einkommen von 12000 M. sowie durch seinen ganzen Entwicklungsgang zur Bourgeoisie. Daraus erkläre sich sein Standpunkt, deshalb vertrete er nur die Anschauungen seiner Klasse, zu der nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer gehörten. — „Ich entziehe dem Redner das Wort,“ pläzte der Ueberwachende plötzlich mitten in den Satz unseres Genossen hinein.

Nicht in Sachsen nur und in Crimmitschau ist so etwas möglich. Uns aber kann es nur recht sein, wenn die Sozi-

darität von Kirche, Unternehmertum und Polizei im Klassenstaat den Arbeitern immer wieder ad oculus demonstriert wird. —

Berlin und Umgegend.

Die streikenden Kohlenarbeiter

Sahen in ihrer Versammlung am Donnerstagmorgen einen ihrer Kollegen mit einem schwer verbundenen Kopfe, das Opfer eines Revolverhiebens bei der Firma Stebensohn an der Wiener Brücke. Ein Streikbrecher hatte zwei scharfe Schüsse auf ihn abgefeuert, als er von dem Streikenden angesprochen wurde, und nur einem glücklichen Zufall war es zu danken, daß man nicht einen neuen Fall à la Nürnberg zu verzeichnen hat. Als Täter wird der Arbeitswille Jung, der kürzlich aus Hannover gekommen ist, bezeichnet. Jene Firma hat Lagerstätten auf ihrem Arbeitsplatze herrichten lassen, wo die Streikbrecher übernachten können. Der „Berl. Lokal-Anzeiger“, dem natürlich in seinem Bestreben, Streiks auf alle Fälle zu diskreditieren, jedes schone Mittel recht ist, läßt diese „Geldentat“ eines Arbeitswilligen in ein Alibi auf einen Arbeitswilligen um. Nach der Darstellung des „Lokal-Anzeiger“ ist der Arbeitswille aus dem Hinterhalt von einem Streikenden angeschossen worden. Die Firma Schiebel hat die Koffer von drei Leuten einbehalten, die sie als Arbeitswille engagiert hatte; als die Leute aber von dem Streik hörten, weigerten sie sich, an die Arbeit zu gehen. Um ihre Koffer zu erhalten, wandten sie sich an die Polizei, wurden aber abgewiesen. Jetzt hat sich der Zentralverband der Sache angenommen. Bei der Firma Kupfer sind zehn Galizier angekommen, dort streiken 50—60 Mann. Ueberall halten die Streikposten gute Wacht und die Berichte lauten günstig für die Streikenden. Es verkundet, daß eine entscheidende Wendung im Kampfe vor der Tür steht.

Die Reklutischer haben einen neuen Tarif mit den Führern abgeschlossen, der vom 1. Oktober ab in Kraft tritt und manche Verbesserungen gegen den alten, der schon am 1. September abgelaufen war, aufweist. In einer Versammlung am Mittwochabend wurden die Vorschläge noch einmal diskutiert; der Tarif wurde angenommen und von der Lohnkommission unterzeichnet. Die Unternehmer haben sich ebenfalls mit den Bedingungen einverstanden erklärt. Die Reklutischer erhalten einen Lohn von 36 M. pro Woche und Extragehältern. Außerdem heißt eine neue und wichtige Bestimmung:

Für das Abtragen des Rechts bei den Baderreibern haben letztere den Aufsicht ein Abtragsgeld zu gewähren. Dasselbe beträgt bis zur Kellerluke auf der Straße oder auf dem ersten Hof per Sad 2 Pf., nach dem Keller oder Boden per Sad 5 Pf. Die Arbeitszeit dauert von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends; jeder zweite Sonntag ist frei.

Jeder Aufsicht, welcher mindestens ein Jahr in einem Betriebe tätig ist und sich während dieser Zeit nichts hat zuschulden kommen lassen, erhält einen Sommerurlaub von 8 Tagen unter Fortzahlung des Gehalts.

Witfahrer dürfen sich die Aufsicht nur nach vorausgegangenem Verständigung mit den Arbeitgebern halten, im anderen Falle ist eine Strafe von 5 M. zu bezahlen. Der Vertrag ist auf zwei Jahre abgeschlossen.

Deutsches Reich.

Der Stettiner Hafenarbeiterstreik

beschäftigte am Donnerstag wiederum eine stark besuchte Versammlung der Aufständigen. Namens der Lohnkommission unterbreitete ihr Vorsitzender Marx folgende Einigungsvorschläge der Reeder:

1. Der bisherige Tarif bleibt in Kraft, unter Abänderung einiger Positionen.
2. Die Hafenarbeiter haben mit den sonstigen angestellten Arbeitern friedlich zusammen zu schaffen, diese weder durch Worte noch Handlungen zu belästigen und sich den Anordnungen der Aufsichtsbearbeiter zu fügen.
3. Die Hafenarbeiter sind nicht verpflichtet, mit den festen Leuten der Reeder zu arbeiten. Die festen Leute sollen für sich auf einem Schiffe arbeiten.
4. Die Dauer des neuen Tarifes erstreckt sich bis zum 31. März 1908. Wenn drei Monate vorher nicht gekündigt wird, läuft er ein Jahr weiter. Kommt innerhalb eines Monats nach der Kündigung ein neuer Tarif nicht zustande, so hat diejenige Partei, die gekündigt hat, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen.
5. Maßregelungen finden beiderseits nicht statt.
6. Die Arbeit wird, soweit die Stellen offen sind, sofort am Freitag bezw. am Montag wieder aufgenommen.
7. Die Reeder, Kasser und Agenten werden die Steuer, die von ihnen angestellt sind, veranlassen, diesen Tarif zu unterzeichnen. Den übrigen Steuerern wird die Lohnkommission den Tarif zur Anerkennung unterbreiten.

Erläuternd fügte der Referent hinzu, daß der neue Tarif im wesentlichen mit dem alten übereinstimme. Nur einzelne Positionen hätten eine Lohnverbesserung erfahren. Der Hauptstreitpunkt bilde die Entladung von Zementschiffen. Früher sei pro Tonne in Jähren 85 Pf. und in Säcken 40 Pf. gezahlt worden. Die Reeder verlangten aber eine Reduktion auf 80 bezw. 85 Pf.

In der Diskussion erwähnte Janson, reichlich zu überlegen, ob man den neuen Tarif anerkenne oder weiterstreiken wolle. Stadtverordneter Herzert führte aus, es sei schwer, hier einen guten Rat zu geben. Er wolle die Streikenden nicht beeinflussen, sie möchten selbst entscheiden und wenigstens heute abend bestimmen, unter welchen Bedingungen sie zu einer Einigung bereit seien. Marx mahnt ebenfalls zu reiflicher Ueberlegung, damit man, wenn die Sache etwa scheitert, später der Lohnkommission nicht etwa den Vorwurf mache, sie habe die Situation nicht beherrscht. Nachdem dann noch verschiedene Redner gegen diesen Tarif gesprochen hätten, brachte Janson folgenden Antrag ein: Wir nehmen den Tarif an, wenn folgende fünf Punkte von den Reedern anerkannt werden:

1. Alle Mann kommen wieder auf ihren alten Platz.
2. Zement wird zum alten Preise weiter entladen.
3. Afford wird von 50 Tonnen ab vergeben. (Reeder wollen erst von 75 Tonnen ab.)
4. Wollen die Reeder den Afford durchaus erst von 75 Tonnen ab zulassen, dann ist auch an Stelle eines Stundenlohnes von 60 Pf. (bisher) ein solcher von 65 Pf. zu zahlen.
5. Die Arbeitswilligen müssen sofort gekündigt werden, so daß sie nach 14 Tagen verschwinden.

Gehen die Reeder auf diese Vorschläge ein, so wird die Kommission ermächtigt, den Tarif zu unterzeichnen. Anderenfalls geht der Streik weiter.

Die Versammlung erklärte sich schließlich mit diesem Antrage einverstanden.

Aus Anlaß des Kohlenarbeiterstreiks zu Königsberg sollte am Dienstag vor dem Gewerbegericht eine private Besprechung stattfinden, in welcher über die Beilegung des Streiks verhandelt werden sollte. Die Arbeitgeber aber waren nicht erschienen. In einem Schreiben, das beim Gewerbegericht eingelaufen war, erklärten sie, daß es eine Unmöglichkeit sei, für die Holz- und Kohlenpläne einheitliche Lohnsätze anzunehmen, weil dies die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse einfach nicht zulasse. Die Lohnkommission der Kohlenarbeiter stellte darum beim Einigungsamt des Königsberger Gewerbegerichts den Antrag, eine gemeinsame Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzuberufen, die möglichst schon Donnerstag, den 6. d. Mts., stattfinden soll. Die Arbeiter beschloffen in einer am Dienstag nachmittag abgehaltenen Versammlung, nachdem sie von dem resultatlosen Verlauf der Gewerbegerichts-Besprechung unterrichtet worden waren, weiter im Streik zu verbleiben und die Arbeit nicht bedingungslos aufzunehmen. Bemerkenswert sei noch, daß eine bedeutende Firma für Holz

und Kohlen die Forderungen der Arbeiter bereits anerkannt hat, allerdings noch nicht schriftlich.

Einen sehr schönen Erfolg haben die Königsberger Tapezierer und Dekorateurs errungen. Der gesamte Lohnsatz ist sowohl vom Arbeitgeber-Schutzverband als auch von der Tapezierer-Zunft angenommen worden. Der Tarif, der eine Erhöhung der einzelnen Positionen bis 20 Proz. ausweist und den Stundenlohn von 40 auf 45 Pf. festsetzt, ist auf 2½ Jahre, d. h. bis zum 1. April 1909 korporativ abgeschlossen. Außerdem enthält er bei Affordarbeit eine Lohnsicherung von 65 Pf. pro Stunde. Nur vier kleine Unternehmer wollten durchaus die „Herren im Hause“ weiter spielen; über ihre Kunsttempel mühte die Lohnkommission der Tapezierer die Sperre verhängen.

Nachwehen von der Aussperrung der Lithographen und Stein-drucker. Der Abschluß des großen Kampfes, den der Senefelder-Bund um das Koalitionsrecht zu führen hatte, hat ohne Frage, soweit die Allgemeinheit dieser Berufsangehörigen in Betracht kommt, mit einem Erfolge der Arbeiterorganisation geendet. Soweit aber Leipzig in Betracht zu ziehen ist, will die Sache nur sehr schwer ins Reine kommen. Bei der Einstellung der ausgesperrten machen einige Firmen ungebührliche Schwierigkeiten. Sie benützen diese Gelegenheit, um langgehegte Wünsche, als da sind: Abschaffung der Lithographie im Hause und Einführung der Privatlithographie (eine Art Zwischenschleife) und auch die Abweisung der „alten Arbeiter“ durchzuführen. Drei Wochen nach dem Friedensschluß liegen noch hundert ausgesperrte Lithographen und Stein-drucker Leipzigs (also 12 Proz.) auf dem Straßenpflaster. Sowie sind in ganz Deutschland vom Senefelderbund nicht auf der Strede geblieben, als im Leipzig.

Auch die Verhandlungen der Lohnkommissionen, die die örtlichen Verhältnisse regeln sollen, haben noch nicht stattgefunden. Die Unternehmer verlangen noch anderes statistisches Material, als das ihnen vorgelegt. So werden also erst in der nächsten (vierten) Woche nach dem Friedensschluß diese Verhandlungen ihren Anfang nehmen.

Die Polizei als Streikbrecher-Schutzgarde. In Erlangen ist ein Streik der Buchbinder ausgebrochen, an dem circa 300 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind. Obwohl alles friedlich zugeht, macht sich die Polizei in der aufdringlichsten Weise bemerkbar. Mit den Streikposten ziehen zugleich Schutzleute auf und nehmen gegenüber den ersteren Stellung. Vor größeren Betrieben erscheinen bis zu 12 Schutzleute, denen man noch einen Offizianten als Kommandeur beigeibt. Daß diese Maßregel allgemeine Aufmerksamkeit erregt, ist leicht erklärlich. Es scheint, als begreife man nicht, daß man dadurch systematische Ansammlungen und Aufläufe provoziert, die dann nach dem Muster Nürnbergs dem Polizeisäbel und Revolver weitere Arbeit schaffen.

Die Badergehülften Würzburgs beauftragten den Gefellenauschuss, mit dem Vorstand der Baderinnung zwecks Regelung der Lohnverhältnisse in Unterhandlung zu treten. Es werden 20 Proz. Lohn-erhöhung sowie die Abschaffung des Kost- und Logienwesens verlangt; für Kost und Logis sollen täglich 1,30 M. vergütet werden.

Eingegangene Druckschriften.

Medizinische Reform. Wochenchrift für Soziale Medizin. Nr. 36. Herausgeber: Dr. A. Lemhoff. Erscheint Donnerstags. Preis: vierteljährlich 1,50 M., Einzelnummer 30 Pf. Verlag: „Gutenberg“ A. u. W., Berlin W. 35.

Vrockhaus' kleines Konversations-Lexikon. Bände vollständig neu bearbeitete Auflage. Mit zahlreichen Abbildungen und Karten. Zwei Bände in 66 Heften à 30 Pf. Bisher Heft 1—15 erschienen. Verlag: J. F. Vrockhaus in Leipzig.

Bericht der k. k. Gewerbe-Inspektoren Oesterreichs über ihre Amtstätigkeit im Jahre 1905. 8 Abbildungen im Text. 512 Seiten. Verlags: L. L. Staatsdruckerei, Wien.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Freundnachbarliche Hälse.

Königsberg i. Pr., 6. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die hiesige Polizei verbot eine Versammlung, in der ein Lichtbildervortrag über die Freiheitskämpfe in Rußland stattfinden sollte.

Verunglückte Landproletarier.

Raßenburg, 6. September. (W. L. B.) Heute vormittag entstand in einem von sechs Familien bewohnten Innshause eines Gutsbesizers in Sechseben im Kreise Senzburg eine Feuerdrank, bei der 2 Personen verbrannten und mehrere andere verletzt wurden.

Gadarbeiterstreik.

Stettin, 6. September. Stettin ohne Licht, das ist die neueste Phase der sich hier abspielenden Lohnkämpfe. Seit heute früh stehen die Gadarbeiter im Generalstreik. Veranlassung hierzu gab die Maßregelung von acht Arbeitern, die sich gestern nachmittag weigerten, ein Kohlenstück zu entladen. Ihre sofortige Entlassung beantworteten die übrigen Kollegen mit der gemeinsamen Arbeitseinstellung. In Frage kommen 70 Mann. Die Verwaltung der Gasanstalt gab heute den Vorfal öffentlich bekannt mit dem Bemerkung, daß wohl der Betrieb mit Hilfe von schnell anzuwerbenden Leuten aufrecht erhalten werden könne, daß aber einstweilen eine Beschränkung der Nachtbeleuchtung einzutreten müsse. In Aussicht genommen sei, die Straßenbeleuchtung während der Nachtstunden zeitlich zu verkürzen.

Ein schweres Bootsunglück.

Frankfurt a. M., 6. September. Wie die „Frankfurter Ztg.“ aus Konstanza (Kumänien) meldet, bestiegen ein Leutnant und dreizehn Matrosen von der Kriegsmarine einen requirierten Kahn, der mit zu kurzem Strid an einem Schlepper angebunden wurde. Der Kahn schlug um und alle Insassen ertranken.

Die beleidigte Majestä.

Duisburg, 6. September. (W. L. B.) Die Ferienstrassammer verurteilte den Hilfsbahnarbeiter Jakob Groß aus Duisburg wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis. Der Verurteilte befand sich seit 19. August in Untersuchungshaft und wurde heute vorgeführt. Er hat nach Aussage des Polizeibeamten die betreffenden Äußerungen in betrunkenem Zustande getan.

Ein Leg-Feinge-Mann.

Würzburg, 6. September. (W. L. B.) Der politische Redakteur des „Frankfurter Volksblattes“ namens Botte wurde wegen eines Stillschreibens verhaftet. — Das „Frankfurter Volksblatt“ ist ein in Würzburg erscheinendes Zentrumsorgan.

Ausscheidung des böhmischen Bergarbeiterstreiks.

Brüx, 6. September. Der Ausstand der Grubenarbeiter nimmt stetig zu. Von 38 Schächten sind 28 im Ausstande. Bei der gestrigen Nachtschicht arbeiteten von 479 Obertagsarbeitern 200, von 1510 Grubenarbeitern 311, von Obertagsarbeitern 290. Bei der heutigen Frühsschicht arbeiteten von 1897 Obertagsarbeitern 1329, und 2958 Grubenarbeitern 755 Mann. Die nächst Brüx gelegenen Schächte „Rathilde“, „Annahilf“ und „Richard“, von denen die beiden letzteren den Lokalbedarf von Brüx decken, haben sich dem Ausstande angeschlossen. Auch in Dux ist der Ausstand im Zunehmen begriffen. Heute feierten 328 mehr als bei der gestrigen Frühsschicht.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring wird, wie der Verlag Dieck Nachf. in Stuttgart mitteilt, demnächst in dritter Auflage erscheinen.

Für die zweite Auflage, deren unveränderter Abdruck als dritte Auflage jetzt vorliegt, ist das ganze Werk einer eingehenden Durchsicht und Revision unterzogen worden.

Brandenburger Kreisversammlungen.

Auf der Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Sorau-Forst zu Gassen waren 19 stimmberechtigte Delegierte, davon 11 aus Forst, 8 aus Sorau, je einer aus Rogne, Eulo, Sacco, Gassen und Nohdorf anwesend.

Genosse Düwels sprach über den Parteitag. Genosse Schuster von der Agitationskommission empfahl die Entsendung von drei Delegierten. Es sei nicht unmöglich, daß sonst die Süddeutschen, die Gegner des Klassenkampfes wären, in Mannheim die Mehrheit bekämen.

Zum Schluß schlug Genosse Richter-Forst eine Resolution vor, die eine Sympathieerklärung für den Genossen Wardwald enthält. Genosse Liebing-Rogne erklärte, wenn die Resolution nicht zurückgezogen würde, würden sich die sämtlichen Nicht-Förster Delegierten entfernen.

Diese Resolution wurde, nachdem noch hervorgehoben worden war, daß auch das Schiedsgericht einige Unkorrektheiten in dem Verfahren gegen Wardwald festgestellt habe, die man ja unter der Rubrik „Unrecht“ bringen könne, gegen zwei Stimmen angenommen.

Die Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Rauch-Weißig-Fäterhag-Ludenwalde tagte zu Berlin im Gewerkschaftshaus. Sie war mit 31 Delegierten besetzt. Außerdem waren zugegen die fünf Mitglieder des Vorstandes.

Der Kreis zählt 2325 organisierte Genossen gegen 1975 und 17 gegen 16 Wahlvereine im Vorjahre. Die Einnahmen betragen 3258,07 M., der Kassenbestand ist 1054,95 M.

In Erwägung, daß sich die politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung immer mehr zuspitzen, daß die Kapitalistenklasse im Besitze der politischen und wirtschaftlichen Machtmittel ist und in ihrem Interesse alles daransetzt, um diese Machtmittel zu behalten.

Da mit der politischen Entsendung die Befestigung des Klassenkampfes Hand in Hand gehen würde, für die Arbeiterklasse somit die Möglichkeit, sich im wirtschaftlichen Kampfe bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, hält es die Generalversammlung für eine unerlässliche Notwendigkeit, daß auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung der Gedanke, des politischen Klassenkampfes immer mehr um sich greift.

Da mit der politischen Entsendung die Befestigung des Klassenkampfes Hand in Hand gehen würde, für die Arbeiterklasse somit die Möglichkeit, sich im wirtschaftlichen Kampfe bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, hält es die Generalversammlung für eine unerlässliche Notwendigkeit, daß auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung der Gedanke, des politischen Klassenkampfes immer mehr um sich greift.

angefeuert werden, beide Teile die Aufgabe haben, die Arbeiterklasse kulturell auf eine höhere Stufe zu bringen, beziehungsweise in ihrem Endziel die Beseitigung der Lohnsklaverei erstreben, hält es die Generalversammlung weiter für eine Notwendigkeit, daß die maßgebenden Führer beider Teile in steter enger Fühlung miteinander bleiben und beide Teile dahin wirken, daß die gesamte Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Klassenkampfes fortschreitet.

Zu Parteitagdelegierten wurden Ewald-Berlin und Jahn-Ludenwalde gewählt.

Personales. In die Redaktion des Harburger „Volksblatt“ ist Genosse Hart Bielle aus Halle eingetreten.

Wegen Beleidigung der Polizei des Landkreises Breslau wurde vom Langericht Breslau der Genosse Joppich, Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes, zu 400 M. Geldstrafe verurteilt. Er soll das Vergehen in Versammlungsreden begangen haben.

Soziales.

Die Deutschnationale Kranken- und Begräbnis-Kasse in Hamburg. Im Verlage von Vohsen in Hamburg hat R. E. May eine Broschüre mit 30 Tabellen herausgegeben, in der er die Leistungen der Deutschnationalen Kranken- und Begräbnis-Kasse in Hamburg mit den Leistungen der Ortskrankenkasse für kaufmännische Geschäfte in Hamburg und den übrigen zentralistischen kaufmännischen freien Hilfskassen in Vergleich stellt.

Die Ortskrankenkasse gewährt für die gleiche Zahlung wesentlich mehr Vorteile (z. B. Familienbehandlung, Entbindung, Wochenbettbehandlung, Wöchnerinnengeld, Befreiung von der Beitragszahlung während der ganzen, mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit) und trotzdem noch auf dem einzelnen Gebiet (Krankengeld, Beginn der Krankengeldzahlung, Sterbegeld, Dauer der Unterstützung usw.) wesentlich größere Leistungen als die Deutschnationale Kranken- und Begräbnis-Kasse.

Ähnlich ungünstig schneidet die Deutschnationale Kranken- und Begräbnis-Kasse beim Vergleich mit den anderen zentralistischen kaufmännischen freien Hilfskassen ab, für welchen aber — wie überall — der Ist-Stand, wegen der in diesen Kassen großen Verschiedenheit der Beiträge und Kassenleistungen maßgebender ist. Verschiedene Hilfskassen haben auch höhere — z. T. wesentlich höhere Klassen —, statt bis zu 3 M., wie bei der Deutschnationalen, bis zu 5 M. tägliches Krankengeld.

Im Vergleich der Deutschnationalen Kranken- und Begräbnis-Kasse in Hamburg mit den anderen zentralistischen kaufmännischen freien Hilfskassen:

1. im Soll-Stand: im Vergleich der Deutschnationalen Kranken- und Begräbnis-Kasse in Hamburg (Dn) mit der Ortskrankenkasse für kaufmännische Geschäfte in Hamburg (O): Die Ortskrankenkasse gewährt für die gleiche Zahlung wesentlich mehr Vorteile (z. B. Familienbehandlung, Entbindung, Wochenbettbehandlung, Wöchnerinnengeld, Befreiung von der Beitragszahlung während der ganzen, mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit) und trotzdem noch auf dem einzelnen Gebiet (Krankengeld, Beginn der Krankengeldzahlung, Sterbegeld, Dauer der Unterstützung usw.) wesentlich größere Leistungen als die Deutschnationale Kranken- und Begräbnis-Kasse.

2. im Ist-Stand: im Vergleich der Dn (Deutschnationalen Kranken- und Begräbnis-Kasse) mit der O (Ortskrankenkasse):

a) Die Leistungen der Dn sind dem „mittleren Mitgliede“ 102 Proz. teurer zu stehen gekommen, als die gleichen Leistungen der O, d. h. es hat für die gleiche Leistung über das Doppelte zahlen müssen.

b) Die dem erkrankten Mitgliede gewährten Leistungen kamen ihm bei der Dn 135 Proz. teurer zu stehen als bei der O, so daß der Kranke für die gleiche Krankenleistung, für die er bei der O 1 M. zu zahlen hatte, bei der Dn 2,35 M. zahlen mußte.

c) Außer dem unter „b“ Aufgeführten zahlte die O noch — in den mit den Klassen der Dn vergleichbaren Klassen — pro Sterbefall Sterbegeld in dreifacher Höhe des von der Dn gezahlten.

d) Das Vermögen pro Mitglied (Mitgliederzahl Ende 1904) betrug bei der Dn 14,03 M., bei der O 19,52 M.

e) Pro „mittlerem Mitgliede“ zahlte die O 43 Proz. mehr an Krankenunterstützung (an Krankengeld 86 Proz. mehr, an Krankenhauseinweisung 163 Proz. mehr) und 453 Proz. mehr an Sterbegeldern als die Dn, hingegen hatte die Dn 73 Proz. mehr Verwaltungskosten.

f) Durchschnittlich wurden von der O für jede mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheit „allein“ an Krankengeld und Anstaltsunterstützung 24 Proz. mehr, und für jeden Erkrankungsfall überhaupt 66 Proz. mehr bezahlt als von der Dn.

g) Bei der Dn machten die Erkrankungen 93 Proz., bei der O nur 80 Proz. — bei den männlichen Mitgliedern der O gar nur 74 Proz. — des Mitgliederbestandes aus, trotzdem sie, im Gegensatz zur Dn, keine „Auslese“ durch Untersuchung des Gesundheitszustandes getroffen hat, und trotzdem rund 1/2 ihrer Mitglieder weiblichen Geschlechts ist. Trotzdem also die weiblichen Mitglieder die Erkrankungsrate erhöhen, ist diese bei der O noch wesentlich niedriger als bei der Dn, die demnach sehr mit Unrecht, im Vergleich zur O, auf den Vorteil hinweist, der ihren Mitgliedern dadurch gewährleistet sei, daß sie keine weiblichen Mitglieder aufnehmen.

h) Der „Verzicht“ der Dn (von 1906 an) auf Beiträge erwerbsunfähiger Krankler kommt nur 9 Proz. derselben zugute, — gegen 100 Proz. bei der O, und die Gesamtsumme, auf die „Verzichtet“ wird, beträgt nur 1/2 derjenigen, die in den gleichen Fällen bei der O erlassen würde.

Im Vergleich der Dn mit den anderen zentralistischen kaufmännischen freien Hilfskassen:

Die Dn (Deutschnationale Kranken- und Begräbnis-Kasse in Hamburg) ist die leistungsunfähigste aller zentralistischen kaufmännischen freien Hilfskassen, die gleiche Leistung ist dem „mittleren Mitgliede“ bei der Dn zwischen 17 Proz. (eigentlich zwischen 26 Proz.) und 65 Proz. teurer zu stehen gekommen, als bei den übrigen kaufmännischen freien Hilfskassen (im Vergleich zu den größten derselben um 40,5 Proz. resp. 88,2 Proz. teurer), bei denen die Verwaltungskosten zwischen 5,7 Proz. und 13 Proz. der Gesamtausgaben variieren, gegen 22 Proz. bei der Dn. (Bei der O betragen sie 10 Proz.)

Im Durchschnitt sämtlicher zentralistischen kaufmännischen freien Hilfskassen und der O, aber ohne die Dn, betragen die Verwaltungskosten 11 Proz. der Gesamtausgaben, gegen 22 Proz. bei der Dn. (Pro Mitglied 2,81 M. gegen 5,11 M.). Der Verwaltungsapparat der Dn arbeitet also gerade nochmal so teuer als durchschnittlich der Verwaltungsapparat sämtlicher von uns untersuchten Kassen, — also auch sämtlicher zentralistischen kaufmännischen freien Hilfskassen.

Ferner hat die Untersuchung im „Anhang“ ergeben, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband darum neuerdings die Errichtung einer zentralistischen staatlichen Krankenkasse für Handlungsgehilfen betreibt und damit selbst seiner so außerordentlich angepriesenen und zu Werbungszwecken benutzten Klasse das Todesurteil spricht, weil er sieht, daß seine Klasse mit ihren bisherigen Beiträgen trotz ihrer geringeren Leistungen nicht in der Lage sein wird, ihre in der Zukunft liegenden Verpflichtungen zu erfüllen. Bereits Ende 1906 wird der fünfjährige Ausgabenüberschuß um (mindestens) über 50 Proz. größer sein als das Kassenvermögen, — wenn nicht eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge in solchem Umfange eintritt, wie er schon aus Konturrierungsgründen als ausgeschlossen gelten muß.

Dieses Resultat bringt für einen Kenner der Verhältnisse nichts Ueberraschendes. Was der Verfasser im „Anhang“ über die Absichten der Deutschnationalen Kranken- und Begräbniskasse in Hamburg ausführt, dürfte in etwas zu korrigieren sein. Es erregte anfangs lebhafteste Bewunderung, als in der zur Vorberatung des Gesetzentwurfs zur Eröffnung der freien Hilfskassen eingesetzten Reichstagskommission eine Petition dieser Kasse eintraf, die im wesentlichen für den Entwurf mit einigen Änderungen eintrat. Derselben Standpunkt nahm der Kasse nahestehende Abgeordnete Schad ein. Bekannt ist, daß, wie auch alle freien Hilfskassen den die Selbstverwaltung der Kassenmitglieder schwer schädigenden und schwindelhaften freien Bahn öffnenden Entwurf bekämpft hatten, plötzlich unter Führung des Abg. Schad: Trimborn, Giesberts, Rüdiger, v. Brodhausen usw. für den Entwurf in seiner jetzigen Gestalt eintraten. Der Entwurf besetzt bekanntlich völlig das nach jahrzehntelangen Kämpfen erkämpfte Recht auf freie Hilfskassen, macht vielmehr die Errichtung und das Fortbestehen von freien Hilfskassen von der behördlichen Billik abhängig. Der in der Kommission verübte Verrat der Arbeiterinteressen durch die vereinigten Zentrumskräfte, Antisemiten, Konservativen und Freisinnigen ist völlig erklärlich, wenn die Schad und Genossen glauben, ihren Kassen werde die behördliche Genehmigung und damit das Monopol, wenn nicht sofort so allmählich, erteilt werden. Allein diese Erwägung läßt es begreiflich erscheinen, weshalb die Kommission alle zur Bekämpfung der Schwindelkassen gestellten wirksamen Anträge ablehnte und den Weg der behördlichen Billik den Arbeitern gegenüber gutheiß, den selbst sie auf allen anderen Gebieten bekämpfte. Die nach den einwandfreien Zahlen der Mannschen Broschüre schlechteste freie Hilfskasse hofft durch die Hilfskassenreform einen Monopol für sich zu erlangen und dadurch ihre Lage zu verbessern. Die Anhänger der Deutschnationalen Kranken- und Begräbniskasse stehen einer auf wirklicher Selbstverwaltung beruhenden Zentralisierung aller Kassen eines Bezirkes — der einzigen verständigen Form einer Reorganisation der Kassenzerstückelung — feindselig gegenüber. Ihr Ideal mag eine der Berufsvereinsorganisation nachgebildete Organisation nach Verufen und Schad an der Spitze und vielleicht Robbielst und Major Fischer als Aufsichtsräten sein. Es ist gut, daß die Mannsche Broschüre vor der zweiten Beratung der Hilfskassenreform erschienen ist, deren Gemeingefährlichkeit auf dem Kongreß der freien Hilfskassen anerkannt wurde. Die Novelle richtet sich gegen das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter und soll der Sozialdemokratie das Wasser durch behördliche Begünstigung von Krankenkassen vom Schutze der despropheten und von Bureaukranten abgraben, die im Geiste der „Deutschnationalen“ oder des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ oder der Wändener-Überrückler Richtung tätig sind. Der gewollte Zweck kann freilich nicht erreicht werden: wenn die Novelle Gesetzeskraft erlangen sollte, so wird die durch sie geschaffene Erbitterung das Gegenteil bewirken. Einstweilen ist es ein lustiges Schauspiel, die geistige Führerin der Bewegung zugunsten der Novelle in ihrer jetzigen Gestalt als schlechteste verwaltete Kasse dekultriert zu sehen. Bei der Hilfskassenkommissionsberatung wurde als ein bedenkliches Symptom für die Schwindelnatur von Kassen der hohe Prozentsatz der Verwaltungskosten bezeichnet. Die Mannsche Broschüre zeigt, daß die Schad'sche Kasse — mehr als 73 Proz. Verwaltungskosten aufweist.

„Resümee.“ Die Untersuchung hat ergeben: 1. im Soll-Stand:

im Vergleich der Deutschnationalen Kranken- und Begräbnis-Kasse in Hamburg (Dn) mit der Ortskrankenkasse für kaufmännische Geschäfte in Hamburg (O): Die Ortskrankenkasse gewährt für die gleiche Zahlung wesentlich mehr Vorteile (z. B. Familienbehandlung, Entbindung, Wochenbettbehandlung, Wöchnerinnengeld, Befreiung von der Beitragszahlung während der ganzen, mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit) und trotzdem noch auf dem einzelnen Gebiet (Krankengeld, Beginn der Krankengeldzahlung, Sterbegeld, Dauer der Unterstützung usw.) wesentlich größere Leistungen als die Deutschnationale Kranken- und Begräbnis-Kasse. Ähnlich ungünstig schneidet die Deutschnationale Kranken- und Begräbnis-Kasse beim Vergleich mit den anderen zentralistischen kaufmännischen freien Hilfskassen ab, für welchen aber — wie überall — der Ist-Stand, wegen der in diesen Kassen großen Verschiedenheit der Beiträge und Kassenleistungen maßgebender ist. Verschiedene Hilfskassen haben auch höhere — z. T. wesentlich höhere Klassen —, statt bis zu 3 M., wie bei der Deutschnationalen, bis zu 5 M. tägliches Krankengeld.

2. im Ist-Stand: im Vergleich der Dn (Deutschnationalen Kranken- und Begräbnis-Kasse) mit der O (Ortskrankenkasse):

a) Die Leistungen der Dn sind dem „mittleren Mitgliede“ 102 Proz. teurer zu stehen gekommen, als die gleichen Leistungen der O, d. h. es hat für die gleiche Leistung über das Doppelte zahlen müssen.

b) Die dem erkrankten Mitgliede gewährten Leistungen kamen ihm bei der Dn 135 Proz. teurer zu stehen als bei der O, so daß der Kranke für die gleiche Krankenleistung, für die er bei der O 1 M. zu zahlen hatte, bei der Dn 2,35 M. zahlen mußte.

c) Außer dem unter „b“ Aufgeführten zahlte die O noch — in den mit den Klassen der Dn vergleichbaren Klassen — pro Sterbefall Sterbegeld in dreifacher Höhe des von der Dn gezahlten.

d) Das Vermögen pro Mitglied (Mitgliederzahl Ende 1904) betrug bei der Dn 14,03 M., bei der O 19,52 M.

e) Pro „mittlerem Mitgliede“ zahlte die O 43 Proz. mehr an Krankenunterstützung (an Krankengeld 86 Proz. mehr, an Krankenhauseinweisung 163 Proz. mehr) und 453 Proz. mehr an Sterbegeldern als die Dn, hingegen hatte die Dn 73 Proz. mehr Verwaltungskosten.

f) Durchschnittlich wurden von der O für jede mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheit „allein“ an Krankengeld und Anstaltsunterstützung 24 Proz. mehr, und für jeden Erkrankungsfall überhaupt 66 Proz. mehr bezahlt als von der Dn.

g) Bei der Dn machten die Erkrankungen 93 Proz., bei der O nur 80 Proz. — bei den männlichen Mitgliedern der O gar nur 74 Proz. — des Mitgliederbestandes aus, trotzdem sie, im Gegensatz zur Dn, keine „Auslese“ durch Untersuchung des Gesundheitszustandes getroffen hat, und trotzdem rund 1/2 ihrer Mitglieder weiblichen Geschlechts ist. Trotzdem also die weiblichen Mitglieder die Erkrankungsrate erhöhen, ist diese bei der O noch wesentlich niedriger als bei der Dn, die demnach sehr mit Unrecht, im Vergleich zur O, auf den Vorteil hinweist, der ihren Mitgliedern dadurch gewährleistet sei, daß sie keine weiblichen Mitglieder aufnehmen.

h) Der „Verzicht“ der Dn (von 1906 an) auf Beiträge erwerbsunfähiger Krankler kommt nur 9 Proz. derselben zugute, — gegen 100 Proz. bei der O, und die Gesamtsumme, auf die „Verzichtet“ wird, beträgt nur 1/2 derjenigen, die in den gleichen Fällen bei der O erlassen würde.

Im Vergleich der Dn mit den anderen zentralistischen kaufmännischen freien Hilfskassen: Die Dn (Deutschnationale Kranken- und Begräbnis-Kasse in Hamburg) ist die leistungsunfähigste aller zentralistischen kaufmännischen freien Hilfskassen, die gleiche Leistung ist dem „mittleren Mitgliede“ bei der Dn zwischen 17 Proz. (eigentlich zwischen 26 Proz.) und 65 Proz. teurer zu stehen gekommen, als bei den übrigen kaufmännischen freien Hilfskassen (im Vergleich zu den größten derselben um 40,5 Proz. resp. 88,2 Proz. teurer), bei denen die Verwaltungskosten zwischen 5,7 Proz. und 13 Proz. der Gesamtausgaben variieren, gegen 22 Proz. bei der Dn. (Bei der O betragen sie 10 Proz.)

Die Arbeiterkassen ist keine homogene soziale Schicht, im Gegenteil, innerhalb des Proletariats bestehen mehrere soziale Schichten und die soziale Klüftung gewinnt an Tiefe und Schärfe. Daß die Löhne in den letzten Jahrzehnten nicht in der Richtung, die Differenzierung auszugleichen, sich entwickelt haben, dafür gibt die amtliche Lohnstatistik für den Kohlenbergbau bemerkenswerten Anhalt. Die amtliche Statistik teilt

Die Arbeiterkassen ist keine homogene soziale Schicht, im Gegenteil, innerhalb des Proletariats bestehen mehrere soziale Schichten und die soziale Klüftung gewinnt an Tiefe und Schärfe. Daß die Löhne in den letzten Jahrzehnten nicht in der Richtung, die Differenzierung auszugleichen, sich entwickelt haben, dafür gibt die amtliche Lohnstatistik für den Kohlenbergbau bemerkenswerten Anhalt. Die amtliche Statistik teilt

Aus Industrie und Handel.

Lohnifferenzierung.

Die Berufsvereinsgesetzlichen Lohnmachtwerte erlauben kein Urteil über die Koloratur des sozialen Bildes, das die Arbeiterkassen in seiner Gesamtheit darstellt. Es fehlt die Differenzierung der Löhne. Die nackten Durchschnittslöhne verschleiern die sozialen Unterschiede innerhalb der zusammengefaßten Arbeiterschichten.

Im allgemeinen sind wir auf die Lohnmachtwerte der Berufsvereinsgesetzlichen angewiesen. Erst seit 1900 werden von diesen jedoch die tatsächlich gezahlten Lohnsummen ausgewiesen, früher gaben sie mit wenigen Ausnahmen nur die nach dem Unfallversicherungsgefeß einzustellenden rechnungsmäßigen Lohnsummen an. Diese stimmen mit den tatsächlich gezahlten Löhnen nicht überein, teilweise werden die verdienten Löhne nicht ganz eingestellt, andererseits kommen oertsäßliche Tagelöhne in Rechnung, soweit unter diesen entlohnt wird. Aber auch die Angabe der tatsächlich gezahlten Löhne gibt noch lange kein klares Bild von den Lohnverhältnissen. Die Gehälter für Beamte, abgeschätzte Summen für freiwillig versicherte Unternehmer usw. werden mit eingerechnet. Wesentlich ist noch, daß die Berechnung der Arbeiterzahl sehr problematisch ist und die Dauer der Arbeitszeit nicht berücksichtigt wird. Selbst wenn solche Fehler nicht vorhanden wären, wenn und in den Berufsvereinsgesetzlichen Berichten anstatt Durchschnittsjahreslöhne, die nach den geleisteten Arbeitsstunden ganz unabhängig von der Zahl der beschäftigten Arbeiter sich ergebenden Tages- oder Stundenlöhne angegeben würden, fehlte immer noch die Koloratur des Bildes, wir könnten nicht die sozialen Farben, kein schnurziges Grau und nicht das hellere Rot erkennen. Wir wüßten nur, wieviel Personen den Durchschnittslohn verdienen, aber nicht würde uns verraten, wieviele von der Gesamtzahl das Doppelte des Durchschnittslohnes erlangen, wie groß die Schärfe derjenigen ist, die mit der Hälfte der Durchschnittsumme ihr Dasein fristen müssen. Die Eisenindustrie gibt uns z. B. einen Durchschnittslohn von 4 M. an. Ein Teil der in Betracht kommenden Arbeiter bringt es aber bis zu 10, 12, ja auch bis zu 20 M. Der große Teil der eigentlichen Facharbeiter schwankt zwischen 4—6 M. und die Hilfsarbeiter werden mit 2,20 M. bis 3,50 M. entlohnt.

Die Arbeiterkassen ist keine homogene soziale Schicht, im Gegenteil, innerhalb des Proletariats bestehen mehrere soziale Schichten und die soziale Klüftung gewinnt an Tiefe und Schärfe. Daß die Löhne in den letzten Jahrzehnten nicht in der Richtung, die Differenzierung auszugleichen, sich entwickelt haben, dafür gibt die amtliche Lohnstatistik für den Kohlenbergbau bemerkenswerten Anhalt. Die amtliche Statistik teilt

Die Bergarbeiterschaft in fünf Gruppen ein. Die erste Gruppe (a) umfasst diejenigen Leute, welche direkt bei der Kohlengewinnung beschäftigt sind, in der zweiten Gruppe (b) werden zusammengefasst alle sonstige unterirdisch Beschäftigten. Zur ersten Gruppe gehören die am besten bezahlten eigentlichen Kohlenhauer und die viel geringer bezahlten Schlepper; in der zweiten Gruppe sind gut bezahlte Handwerker mit minder entlohnerten Bremsern, Anschlägern usw. zusammengebracht. Die dritte Gruppe (c) wird gebildet aus den oberirdisch beschäftigten erwachsenen männlichen Arbeitern, zur vierten Gruppe (d) gehören die Jugendlichen, zur fünften (e) die weiblichen Belegschaftsmitglieder. Um das Lohnverhältnis der verschiedenen Gruppen zu zeigen, setzen wir die bezüglichen Zahlen für das rheinisch-westfälische Industriegebiet hierher. Die Gruppe der weiblichen Arbeitskräfte fällt fort. Es betrug nach den amtlichen Nachweisen der Lohn für eine Schicht in

Gruppe	1886	1904	Steigerung in Prozenten
a	2,92	4,78	63,7
b	2,17	3,84	58,9
c	2,35	3,85	42,1
d	1,00	1,20	20,0

Obwohl, wie schon bemerkt, in der Gruppe a auch die Schlepper mit ihren viel niedrigeren als die angegebenen Durchschnittslöhne eingestellt sind, differieren die Gruppenlöhne doch ganz außerordentlich stark. Und in der angegebenen Periode hat sich die Differenz nicht unbedeutend erweitert. In der bestbezahlten Gruppe ist die Steigerung des Nominallohnes erheblich stärker als in den übrigen Gruppen. Das bedeutet: die soziale Kluft innerhalb der Bergarbeiterschaft ist tiefer geworden! Es mag noch bemerkt werden, daß in den von uns angeführten Jahren die Differenz nicht besonders groß ist. Das Gegenteil ist eher zutreffend. Bei ganz stottem Betriebe wird die Spannung zwischen den Löhnen noch größer. Sie betrug z. B. zwischen der Gruppe a und o im Jahre 1891 123 Pf. und im Jahre 1900 sogar 184 Pf. gegen nur 57 Pf. resp. 153 Pf. in den angezogenen Vergleichsjahren. Dagegen ist noch ein Moment anzuführen, das die obigen Zahlen an Bedeutung gewinnen läßt. Der Anteil der Arbeiter an den einzelnen Lohnklassen hat sich verschoben zu ungunsten der Gruppe der Bestbezahlten. Es betrug nämlich die Zahl der Arbeiter beim Steinkohlenbergbau im Oberbergamtsbezirk Dortmund:

	1886	1904	Zunahme in Proz.
Gesamtbelegschaft	99 952	262 037	162
Gruppe a	55 763	130 911	135
Gruppe b	23 221	74 472	220
Gruppe c	17 822	47 957	170
Gruppe d	3 146	8 697	176

In der Gruppe a reicht die Steigerung lange nicht an die Prozentziffer der Belegschaftszunahme heran, der Anteil der bestentlohnerten Gruppe an der Gesamtarbeiterzahl sinkt! Dafür überwiegen die anderen Gruppen mit den niedrigeren Löhnen in der prozentualen Zunahme.

Man kann also zwei Bewegungen verfolgen: die Zahl der höchstbezahlten Arbeiter wird verhältnismäßig kleiner, der Anteil der minder Entlohnerten an der Gesamtbelegschaft steigt. Das ist die eine Bewegung. Parallel damit geht eine Erweiterung der Spannung zwischen den Löhnen der Gruppe a und den übrigen Gruppen. Die soziale Kluft innerhalb der Bergarbeiterschaft wird tiefer und breiter.

Fusion Phönix-Hörder Verein. Die bereits angekündigte Fusion soll nach den Beschlüssen der Aufsichtsratsitzung am folgenden Grundzüge durchgeführt werden. Den Aktionären des Hörder Vereins wird für ihre 28 940 000 M. Aktien ein gleicher Nominalbetrag neu auszugebender Phönixaktien zugeteilt. Sodann soll eine Kapitalerhöhung von 10 000 000 M. vorgenommen werden, so daß das Gesamtkapital der vereinigten Unternehmen sich auf rund 72 Millionen Mark stellt.

Aus der Seidenindustrie. In Italien ist die Seidenzucht, sowohl in bezug auf Qualität als auf Quantität, so gut wie seit Jahren nicht mehr. Dabei haben die Preise für italienische Seiden leihthin eine Erhöhung erfahren. Ein Kilogramm kostete nämlich in Franken am

	25. August 1905	17. August 1906	24. August 1906
Größe	43 1/2 - 49 1/2	47 1/2 - 52	47 - 53
Trame	44 1/2 - 50	47 - 53	47 - 53
Organzins	43 1/2 - 53	47 1/2 - 54 1/2	48 - 55 1/2

Die ansteigende Preissteigerung veranlaßte die deutschen Spinner zu umfangreichen Rohstoffbeständen, schon eine endgültige Schätzung der Ernte vorlag. Die Rohstoffversorgung mit Seide war in den ersten sieben Monaten dieses Jahres bereits um fast 24 Prozent höher als in der gleichen Zeit 1905; sie stellte sich auf 31 257 Doppelzentner gegen 25 980 1905. Um die Differenz zwischen den Rohstoff- und Fabrikatpreisen auszugleichen, wird unter den Interessenten immer eifriger Propaganda dafür gemacht, eine durchgreifende Erhöhung der Fabrikatpreise durch geschlossenes Vorgehen sämtlicher Fabrikanten zu erzielen.

Aktiengesellschaft Lauchhammer. Bei Abschreibungen in Höhe von 802 444 M., 250 000 Rückstellungen, 100 000 M. Reserven und 85 000 M. für Fonds, gelangen auf das 5 625 000 M. betragende Aktienkapital 11 Prozent Dividende zur Verteilung, gegen 8 Prozent im Vorjahre.

Dividenden. Die Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz wird für das letzte Jahr 16 Prozent Dividende verteilen, gegen 12 Prozent im Vorjahre. — 8 Prozent, gegen 7 1/2 Prozent, für 1904/5, bringen die Hamburgischen Elektrizitätswerke heraus.

Preissteigerungen. Eine Versammlung der Feinblechproduzenten beschloß, den Grundpreis bis auf weiteres auf 155 M. festzusetzen. — Der Verein deutscher Nietensfabrikanten beschloß ebenfalls Preisauflage. — Die Preiskommission der Oberschlesischen Kohlenkonvention will in einer am Sonnabend stattfindenden Sitzung Preissteigerungen beschließen. So geht fort ohne Ende — nur nicht bis an die Ware Arbeitskraft.

Mannemannwerk. Der diesjährige Bruttoertrag stellt sich auf 7 663 192 M., das ist 2 307 977 M. mehr als im Vorjahre. Nach Absetzung von 2 203 607 M. für Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 3 245 058 M. Mehr gegen das Vorjahr 1 338 949 M. Es werden aber nur 1 125 000 M. zu einer Dividende von 5 Prozent verwandt, 1 673 392 M. dienen zum Ausgleich früherer Unterbilanzen.

Aus der Frauenbewegung.

Weberinnenelend. Das Weberelend ist ja sprichwörtlich geworden, aber größer noch ist das Weberinnenelend. Die Arbeiterin ist in noch mehr gedrückter Lage und wird schlimmer ausgebeutet als der Arbeiter. Da hat ein Fabrikant in Callenberg vor einiger Zeit Angaben über den Verdienst der Weberinnen gemacht, die in einem Lokalblatt veröffentlicht wurden. Der Verdienst einer fünfzehnjährigen Arbeiterin betrug durchschnittlich 9 M. wöchentlich; eine sechzehnjährige und eine neunzehnjährige verdienen je 8 M., eine zweite neunzehnjährige 10,20 M., eine 20jährige 10,65 M. Spulerinnen und Treibriemenarbeiterinnen erhielten 7—10 und 11 M. die Woche. Die angegebenen Sätze sollen als typisch gelten. Ein Fabrikant kann jedenfalls nicht in den Verdacht kommen, daß er die Lage seiner Arbeiterinnen schwächer malt, als sie in Wirklichkeit ist. Weit eher könnte man das Gegenteil vermuten. Im „Reichs-Arbeitsblatt“ — August-Heft — ist auch ein bemerkenswertes Zeugnis über die Löhne der Textilarbeiterinnen in der Stadt Vormen zu finden. Das statistische Amt von Vormen hat im Jahre 1904 über die Löhne der männlichen und weiblichen Arbeiter der Textilindustrie sowie über einige Seiten der häuslichen Lage der Textilarbeiterinnen Erhebungen veranstaltet, deren Ergebnisse veröffentlicht werden. Es heißt da, daß als mittlerer Wochenverdienst der Textilarbeiterinnen über zwanzig Jahre in Vormen 15—17 M. genannt werden kann. Bei den Spulerinnen ist der Verdienst nur 13 M. Löhne unter 10 M. sind nicht selten, sollen aber, wie es heißt, nur bei „ungeübten“ Arbeiterinnen vorkommen. Viele Frauen sind allein auf ihren Verdienst angewiesen, ja, oft muß eine Arbeiterin mit diesem Verdienst die Familie ernähren.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Schneeberg. In der am Sonntag, den 10. September, bei Ost-Martin Lutherstraße, stattfindenden Generalversammlung des hiesigen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins steht zunächst auf der Tagesordnung ein Referat des Herrn Dr. Sommerfeld. Nach dem Referat wird der Geschäfts- und Kasienbericht gegeben. Ferner erfolgt Neuwahl des gesamten Vorstandes. Mitgliedsbuch legitimiert zum Eintritt.

Borsigwalde-Tege. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält am Mittwoch, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant des Herrn Schmidt, Tege, seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Vortrag von Frau Emma Jäger. 2. Diskussion. 3. Erziehung der Kassiererin und Neuwahl der Kassierinnen. 4. Vereinsangelegenheiten. Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Weißensee. Montag, 10. September, 8 1/2 Uhr, bei Ulrich, Röllstraße 20: Vortrag des Genossen Störmer: „Die Interessen des weiblichen Proletariats“.

Adersdorf. Montag, 10. September, 8 1/2 Uhr, bei Böcklein. **Reinhardsdorf.** Dienstag, den 11. September, bei Gröndler, Hoppestraße 24: Vortrag des Herrn Röhling: „Gibt es einen Gott?“

Veranstaltungen.

Rit den blutigen Vorgängen in Nürnberg

Befahen sich am Sonntag fünf öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen, die in den „Germania-Prachsfällen“, der „Kronenbrauerei“, bei „Vogelshagen“, in „Scherz's Festhallen“ und in „Hoffelwerder“, Niederschönenweide stattfanden. Laute Proteste gegen die Handlungen in Breslau und Nürnberg machten sich in allen Versammlungen geltend. Einstimmig wurde nachstehende von den Referenten empfohlene Resolution angenommen:

„Die versammelten Nürnberger Metallarbeiter nehmen mit Entzückung Kenntnis von der Ermordung ihres Berufskollegen und den sich anschließenden blutigen Nürnberger Straßenschlachten. Sie erblicken in diesen Vorgängen Erscheinungen, welche den Geist des Justizhausgesetzes grell widerspiegeln. Die Versammelten verpflichten sich, als Lehre aus diesen Vorgängen sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren. Nur der Sieg des Sozialismus kann solche Arbeitermorde verhindern.“

Der Zentralverband der Maurer hielt in Kellers großem Saal seine Generalversammlung für sämtliche Bezirke und Jahrestellen der Maurer sowie der Sektionen der Puder und der Gips- und Zementbranche, als auch die Gruppe der Fliesenleger, ab. Der Kassierer Wartenberg erstattete den Kasienbericht für das zweite Quartal. Die Gesamteinnahme der Jahrestellen und Sektionen betrug 150 597,05 M., worin enthalten sind 127 825,49 M. alter Bestand und 21 417,75 M. an Prozenten aus der Zweigvereinskasse. Insgesamt ausgegeben wurden 10 485,28 M., so daß in den Jahrestellen und Sektionen ein Bestand von 140 111,77 M. verblieb. — Die Zweigvereinskasse rechnete einschließlich eines Bestandes von 113 441,22 Mark mit einer Gesamteinnahme von 254 372,84 M., welcher eine Gesamtausgabe von 129 236,70 M. gegenüberstand. Von dieser Summe gingen an die Hauptkasse in bar 66 201,80 M. Weiter wurden davon (an Hauptkassengeldern) verwendet für Rechtschutz 1113,68 M., für Inhaftiertenunterstützung 341 M., für Krankenunterstützung 10 662,85 M., für Sterbeunterstützung 2362,50 M., für Reiseunterstützung 436,50 M., für den Streik der Badofenmaurer 1588,70 M., für Vausperren der Gips- und Zementbranche 1356,45 M., für Fahrkarten an Streikende 450,70 M., für Bahnhofskontrollen 210,90 M. — Vausperren erforderten ferner 4427,50 M., Rahmregelungen 3492 M., die Unterstützung der Rahmregelungen 3064,75 M., die Entlohnung der Verbandsleitung 2517,90 M. Unter den sonstigen Ausgaben befinden sich u. a.: 589,55 M. für Baukontrolle, 1370,14 M. für „Grundstein“-Verbreitung, 371,40 M. für Kassieren und Fahrgehalt der Kassierere, 2371,40 M. für Hauskassierung, 21 417,75 M. an Prozenten für die Jahrestellen und Sektionen. — Nach Berechnung der Gesamteinnahme und Gesamtausgabe der Zweigvereinskasse verblieb dieser am Schluß des zweiten Quartals ein Bestand von 125 136,14 M. Die Zurechnung des Kasienbestandes in den Jahrestellen und Sektionen mit 140 111,77 M. ergibt einen Gesamtbestand im Zweigverein von 265 247,91 M. — Für die Bibliothek waren am Schluß des ersten Quartals 557,10 M. vorhanden. Nach Berechnung von Einnahmen und Ausgaben verblieb am Schluß des zweiten Quartals ein Bestand von 480,80 M. — Die Mitgliedszahl betrug am Schluß des zweiten Quartals 16 983. Es war gegenüber dem ersten Quartal eine Zunahme von 433. Von den Mitgliedern gehörten zur Gruppe der Maurer 10 870, zur Sektion der Puder 2629 und zur Sektion der Gips- und Zementbranche 2584. Von den 16 983 Mitgliedern hatten 9704 die Beiträge voll bezahlt, während 5209 von 1—5 Wochen und 1470 von 6—9 Wochen mit den Beiträgen im Rückstand waren.

Die in einer früheren Versammlung gewählte Statutenberathungskommission, die die Frage einer eventuellen Aenderung der 6. und 7. Unterstufungsätze zu prüfen hatte, erstattete durch Balz Bericht. Ihre Aenderungsvorschläge wurden nach lebhafter Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Ortsstatut bleibt also bis zum ordnungsmäßigen Ablauf am Ende des Geschäftsjahres auch bezüglich der jetzt geltenden Unterstufungsätze in Kraft. Bei der dann notwendigen Reuberatung sollen die Wünsche auf Aenderung der Unterstufungsätze wieder erörtert werden.

Den Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission erstattete der Delegierte Balf. Nach kurzer Diskussion wurden als Delegierte zur Gewerkschaftskommission Emil Thöns, Gustav Schwarz, Albert Balf und Johann Eichberg gewählt.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. Heute abend: Bezirk Norden: Hörsing, Festhalle, Wilschstraße 14. Vortrag: Neuwahl des Bezirksführers. — Bezirk Süd: Ebbolt: Reichenberger Hof, Reichenbergerstr. 147. Vortrag: Neuwahl des Bezirksführers. — Bezirk Norden-Wedding: Germania-Säle, Chausseestraße 103. Vortrag.

Berein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. Abteilung Charlottenburg. Sonnabend, den 8. September, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Köpenickerstraße 3: Abteilungsversammlung, Tagesordnung: 1. Bericht. 2. Vortrag des Kollegen Weichmann über: „Die Ideale der Jugend.“ 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, diese Versammlung zu besuchen.

Vermischtes.

Ein graufiger Doppelmord ist gestern in Osterode verübt worden. Dort wurden gestern früh die Witwe Reinhard und ihre Nichte von einem Nebengebäude der Reinhard'schen Villa ermordet und verstümmelt aufgefunden. An der Nichte war ein schwerer Luftpistolenschuß, auch war ihr die Kehle durchgeschnitten worden. Der Witwe Reinhard war durch schwere Verletzungen der Schädel zertrümmert. Der Täter ist flüchtig.

12 Häuser durch Feuer zerstört. Wie der „Vogtländische Anzeiger“ aus Pilgramsreuth in Bayern meldet, sind vergangene Nacht in Rehau in Bayern 12 Häuser sowie eine Anzahl Nebengebäude durch Feuer zerstört worden.

Die Hitze der letzten Tage hat in der französischen Schweiz eine große Trockenheit hervorgerufen. Die Landschaft sieht aus wie im Winter. Die Wasserquellen werden immer kleiner. In einigen Dörfern fehlt das Wasser vollständig. Es ist unmöglich, das Vieh auf den Wiesen weiden zu lassen, da alles verbrannt ist. Zu allem treten noch Rossstiche in nie gesehener Menge auf.

Ein Feuerbrand brach in Koubatz infolge der Explosion eines Naphtafasses in der Fabrik von Weßner aus, wobei vier Personen tödliche Brandwunden sich zuzogen, darunter auch der Besitzer der Fabrik.

Warenniederlage holländischer Flußpiraten. In der holländischen Grenzstadt Venlo wurde ein großes Lager von Getreide, Mais und Mehl, das von einer Bande holländischer Flußpiraten zusammengehohlet war, aufgefunden. Zahlreiche Mitglieder der weitverbreiteten Bande, die es auf nach Deutschland fahrende Schiffe abgesehen hatte, wurden verhaftet.

Mehrere Petroleumreservoirs sehen, wie aus Colombo gemeldet wird, in Flammen, die Nachbarschaft ist von dem Riesensbrande bedroht.

Eingegangene Druckschriften.

Zwei Landmänninnen. Briefwechsel zwischen Luise Gräfin von Schönberg, Neumann und Gertrude Wöllinger. 174 Seiten. Verlag: Carl Koenig (Ernst Stillinghagen), Wien I, Opernring 3.

G. Frankfurt. Das arbeitlose Einkommen. 38 Seiten. Preis: 1 M. Verlag: F. Junginger-Gesell, Leipzig.

Wendts Taschen-Atlas von Berlin und seinen Vororten. Plan in Buchform. Preis: 75 Pf. Verlag: A. Wendt, Berlin SO. 24.

Wasserstand am 5. September. Elbe bei Ruffh — 0,51 Meter, bei Dresden — 1,82 Meter, bei Radeburg + 0,82 Meter. — Unstrut bei Staßfurt + 1,10 Meter. — Oder bei Rathor + 0,91 Meter, bei Briesen Oberpegel + 4,82 Meter, bei Briesen Unterpegel — 1,62 Meter, bei Frankfurt + 0,97 Meter. — Weichsel bei Strahmünde + 2,30 Meter. Warthe bei Solen — 0,36 Meter.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Paul Brausendorf
(Bezirk 100)
am 4. September verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Thoman-Gemeinde in Niddorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
241/1 Der Vorstand.

Verband der Porzellanarbeiter.

Berlin III.
Schildermaler.
Am 4. September verstarb nach kurzem Leiden unser Mitglied, der Schildermaler
Erich Wiegand
im 19. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
208/4 Die Verwaltung Berlin III.

Danfajung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Blumenbesenden bei dem Hinscheiden und Begräbnis meines lieben Mannes, sage allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Vorstand des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, den Kollegen der Firmen Strauß u. Co. und Union sowie dem Gellangverein Berliner Typographen, meinen innigsten Dank.
Berlin, 6. September. 1072D
Witwe Auguste Dreh.

Original Reichel Essig-Essenz

gibt feinsten u. milden, feimfreien Speise- u. Einmach-Essig
Damit eingelegte Früchte sich nicht vor dem Verderben gefährdet und schmecken großartig!
Original 1 M., 1/2 M., 55 Pf.
Wo in den Drogerien u. nicht erhältlich, direkter Versand von der Fabrik
Berlin SO.,
Eisenbahnstr. 4.
Fernspr.-Anschl. IV 4751, 4752, 4753.
Nur echt u. rein b. unverfälscht.
Kampelerschlag u. Marke **Lichterz.**

Teures Fleisch — billige Seefische!!
Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.
Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.
Seefisch-Kochbücher gratis. 2210b
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz). | (im Schlessischen Bahnhof). | (der Kurzenstr. gegenüber).

Seefische — Volksnahrung!
Wir empfehlen besonders:
Cabliau ohne Kopf
Seelachs mit Kopf 20 Pf.
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Für den Inhalt der Zitate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Freitag, 7. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Opernhaus. Der Sieger des Holländer.
Schauspielhaus. Die Daisymond.
Neues Opernhaus. Geschlossen.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.

Westen. Der Operball.
Anfang 8 Uhr.

Zessing. Der Biberfeld.
Vorsing. Der Troubadour.
Berliner. Sherlock Holmes.

Schiller O. (Wallner-Theater): Frau Inger von Oestrot.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches-Theater): Hasemanns Töchter.

Reines. Sganarell. Der bürgerliche Edelmann.
Anfang 8 Uhr.

Romische Oper. Don Pasquale.
Residenz. Die Höhle des Löwen.
Trianon. Die Kutschke.

Lustspielhaus. Spanische Zentrol.
Zentral. Der Bettelstudent.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Carl Weiß. Adele.

Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen.
Anfang 8 Uhr.

Walhalla. Spezialitäten.
Metropol. Auf in's Metropol!
Wpello. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.

Thalia. Wenn die Bombe platzt.
Luisen. Eine Nacht in Berlin.
Kaffee. Alexander der Große.
Folies Caprice. Der Generalkonsul. Sünden der Väter.

Wintergarten. Spezialitäten.
Vorsing. Spezialitäten.
Reichshallen. Steffiner Sänger.
Urania. Landeskinder 18/19.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.

Sternwarte. Kavalierslust. 57/62.
Ferdinand Bonns.

Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Heute abend 8 Uhr:
Sganarell.
Der bürgerliche Edelmann.
Sonabend: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag: Frost im Frühling.

Kleines Theater.
Zum 71. Male:
Ein idealer Gatte.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend: Ein idealer Gatte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtsyl.
Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Don Pasquale.
Sonabend: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag nachmittag und abends: Hoffmanns Erzählungen.

Lortzing-Theater
Sallealliancestr. 7/8.
Freitag, 7. September, 7 1/2 Uhr:
Der Troubadour.
Abonnements gültig.
Morgen, Sonabend:
Der Freischütz.

Zentral-Theater.
(Cyperette). 8 Uhr:
Fledermans. Operette in 3 Akten.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Eine Nacht in Berlin.
Sonabend: Rosenmüller und Hinte.
Sonntag nachm.: Podagelt u. Rollen.
Abends: Eine Nacht in Berlin.
Freitag: Rosenmüller und Hinte.

Lustspielhaus.
Täglich:
Spanienliebe.
Abends 8 Uhr:
Deutsch-Amerikanisches
THEATER. Köpenickerstr. 67-68.
Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel
Adolf Philipp:
Im wilden Westen.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbo
Preise: „Uebere großen Teich.“

Apollo-Theater
10 Uhr! 10 Uhr!
Größter Lachserfolg!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Akte:
Der Omnibus - Trick.
Vorher 8 Uhr:
Die erklaffigen neuen Attraktionen.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Heute im Theater 8 Uhr:

Im Lande der Mitternachtssonne.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 R., u. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr
Die Höhle des Löwen.
Schwan in 3 Akten v. R. Desnoequin
und B. Bilsand.
Gast: Gast: Chalandry: Mich. Alexander.

Metropol-Theater
Henry Bender. Josef Giampietro.
Fritz Massary.

!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.
Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Riecke“
mit dem Schlager
„Emil du bist eine Pflanze“.
Außerdem
14 erstklassige Spezialitäten!

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Vorletzte Woche! Täglich 8 Uhr:
Adele.
Sonntag, 9. Sept., nachm. 3 Uhr:
Adele. Kleine Preise.
Im Garten täglich:
Spezialitäten - Vorstellung.
Anfang 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Großer Lachserfolg!
Der Vetter in tausend Aengsten.
Lebensbild in 4 Akten v. Rob. Benedt.
Vorher: Der Weg durch's Fenster.
Anf. 6 Uhr. Kaffeepause 3 Uhr. Ball.
Bei schlech. Wet.: Vorstell. im Saale.

Bernhard Rose-Theater
Gehuldrücken, Badstraße 58.
Heute letzte Aufführung:
Robert u. Vertram.
Außerdem die großartigen September-
Spezialitäten.
u. a.: **Paul Coradini.**
Im Saale: **Großer Ball.**
Anfang 4 1/2 Uhr.
Saisonkarten u. Passpartouts haben
Gültigkeit.
Morgen Sonabend: Geschlossen.
Sonntag: Große Extravertellung.

WINTER GARTEN
Großer Erfolg des
Eröffnungs-Programms.
Robert Steidl. Humorist.
Das Ernstfest, engl. Ballettszene.
Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe.
Mia Werber, Sängerin.
Ida Fuller, Fantasie-Tänzerin.
Chung Ling Sao, chin. Zauberkünstl.
De Witt Burns und Terrace,
amerikanische Exzentriks.
Die Pissalutti, Reitakt.
Ferry Corwey, musikal. Clown.
Price u. Toledo, Kontorsionisten.
Der Biograph.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Notbrücke.
Reichshallen.
Täglich:
Steffiner Sänger
Anfang
Sonentags
8, Sonntag
7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater):
Freitag, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.
Schauspiel in 5 Aufzügen von
Henri Fabien.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.

Schiller-Theater N. (Friedr. Städt. Th.):
Freitag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Vollständ. in 4 Akten v. A. P. Strouge.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Weh' dem der lügt.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
Jugend.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Volks-Kabarett
der Brettl-Diva Margarete Walkotte.
Sonntag, den 9. September, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Mitwirkende: Artur Teuber vom Lessing-Theater; Mara
Seiditz, Konzertsängerin; Georg Wolff vom Thalia-Theater;
Herr Gygi, Violinvirtuose; Emil Walkotte, Rezitator; Herr
Professor Schiermann; Margarete Walkotte, Vortragskünstlerin.
Entree 50 Pf. im Vorverkauf (Gewerkschaftshaus); Abendkasse 60 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Oh schön! Ab 1. September täglich: Oh Regen!
neues sensationelles Programm.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. - Entree 30 Pf. - Vorzugskarten sind gültig.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs.
Täglich 8 Uhr:
15 erstklassige Nummern.
u. a.: **Paul Vendaro**
Hunde- und Affendressur.
Carmanelli Duo
multifarbiger Scherenschnitt.
Der Sommerleutnant.
Schauspiel vom R. Reichardt.
Entree 50 Pf. - Entree 50 Pf.
Familienkarten in 3 Akten, 10 Pf.
u. 10 Pf. - Familienkarten unentgeltlich.

Feldschloß-Brauerei
G. m. b. H.
Berlin: Gr.-Lichterfelde:
Telephon: Amt II 196, Telephon No. 9,
empfiehlt ihre mehrfach prämierten
Tafelbiere
in Fässern und Flaschen.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung.
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Strong reell. - Billigste Preise.

Zuckerpreise steigen rapid

Hut-Engros-Lager
Begründet 1873.
Spezial-
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinder-
hüten, Chap.-clagues u. Strohhüten.
Einzelverkauf zu außergewöhnlich
billigen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe,
drittes Haus vom Alexanderplatz (Sonntags geöffnet)

Neu erschienen
find die folgenden Broschüren, die wir unseren Lesern bestens
empfehlen:
Ziele und Wege.
Erklärungen der sozialdemokratischen
Gegenwartssorderungen. Unter Mit-
arbeit von Hugo Lindemann, Max
Söhlem, Adolf Braun, Friedrich
Stampsfer, Alana Reffin.
Herausgegeben von Ad. J. Braun.
Preis 20 Pf.

Die Kinderarbeit
und ihre Bekämpfung.
Von Käthe Dunder.
Eine Schrift, die entsprechend ihrer
Bedeutung, in keiner Arbeiterfamilie
fehlen sollte.
Preis 40 Pf.

Sozialdemokratie
und Antisemitismus.
Von August Bebel.
Rede auf dem sozialdemokratischen
Parteitage zu Köln.
Mit zwei Nachträgen.
Zweite durchgesehene Auflage.
Preis 30 Pf.
In besserer Ausstattung 75

Die Mutterschafts-
Versicherung.
Ein Beitrag zur Frage der Fürsorge
für Schwangere und Wöchnerinnen
von Lily Braun.
Preis 20 Pf.
In besserer Ausstattung 50

Gewerkschaften und
Unternehmer-Verbände.
Von Dr. Aug. Müller.
Preis 30 Pf.

Die Inkunftsstaatsdebatten
im französischen Parlament.
Neben
von Laurès, Ballant und Clemenceau.
Uebersetzt von Max Duard.
Preis 10 Pf.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden. 234/17

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater):

Freitag, abends 8 Uhr:

Frau Inger von Oestrot.
Schauspiel in 5 Aufzügen von
Henri Fabien.
Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.

Schiller-Theater N. (Friedr. Städt. Th.):

Freitag, abends 8 Uhr:

Hasemanns Töchter.
Vollständ. in 4 Akten v. A. P. Strouge.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Weh' dem der lügt.
Sonntag, nachm. 3 Uhr,
Jugend.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Volks-Kabarett
der Brettl-Diva Margarete Walkotte.
Sonntag, den 9. September, abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Mitwirkende: Artur Teuber vom Lessing-Theater; Mara
Seiditz, Konzertsängerin; Georg Wolff vom Thalia-Theater;
Herr Gygi, Violinvirtuose; Emil Walkotte, Rezitator; Herr
Professor Schiermann; Margarete Walkotte, Vortragskünstlerin.
Entree 50 Pf. im Vorverkauf (Gewerkschaftshaus); Abendkasse 60 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Oh schön! Ab 1. September täglich: Oh Regen!
neues sensationelles Programm.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. - Entree 30 Pf. - Vorzugskarten sind gültig.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs.
Täglich 8 Uhr:
15 erstklassige Nummern.
u. a.: **Paul Vendaro**
Hunde- und Affendressur.
Carmanelli Duo
multifarbiger Scherenschnitt.
Der Sommerleutnant.
Schauspiel vom R. Reichardt.
Entree 50 Pf. - Entree 50 Pf.
Familienkarten in 3 Akten, 10 Pf.
u. 10 Pf. - Familienkarten unentgeltlich.

Feldschloß-Brauerei
G. m. b. H.
Berlin: Gr.-Lichterfelde:
Telephon: Amt II 196, Telephon No. 9,
empfiehlt ihre mehrfach prämierten
Tafelbiere
in Fässern und Flaschen.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung.
Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Strong reell. - Billigste Preise.

Zuckerpreise steigen rapid

Hut-Engros-Lager
Begründet 1873.
Spezial-
in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinder-
hüten, Chap.-clagues u. Strohhüten.
Einzelverkauf zu außergewöhnlich
billigen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe,
drittes Haus vom Alexanderplatz (Sonntags geöffnet)

Neu erschienen
find die folgenden Broschüren, die wir unseren Lesern bestens
empfehlen:
Ziele und Wege.
Erklärungen der sozialdemokratischen
Gegenwartssorderungen. Unter Mit-
arbeit von Hugo Lindemann, Max
Söhlem, Adolf Braun, Friedrich
Stampsfer, Alana Reffin.
Herausgegeben von Ad. J. Braun.
Preis 20 Pf.

Die Kinderarbeit
und ihre Bekämpfung.
Von Käthe Dunder.
Eine Schrift, die entsprechend ihrer
Bedeutung, in keiner Arbeiterfamilie
fehlen sollte.
Preis 40 Pf.

Sozialdemokratie
und Antisemitismus.
Von August Bebel.
Rede auf dem sozialdemokratischen
Parteitage zu Köln.
Mit zwei Nachträgen.
Zweite durchgesehene Auflage.
Preis 30 Pf.
In besserer Ausstattung 75

Die Mutterschafts-
Versicherung.
Ein Beitrag zur Frage der Fürsorge
für Schwangere und Wöchnerinnen
von Lily Braun.
Preis 20 Pf.
In besserer Ausstattung 50

Gewerkschaften und
Unternehmer-Verbände.
Von Dr. Aug. Müller.
Preis 30 Pf.

Die Inkunftsstaatsdebatten
im französischen Parlament.
Neben
von Laurès, Ballant und Clemenceau.
Uebersetzt von Max Duard.
Preis 10 Pf.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden. 234/17

Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße.
Zum 7. Male:
Der Generalkonsul und
Die Sünden der Väter.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf b. Wertheim u. an
der Theaterkasse 10-2 Uhr.

Kasino-Theater
Lothringerg. 37. Täglich 8 Uhr
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Selig.
Vorher das Eröffnungsprogramm.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Madame
Bonivard.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: Vorstellung und Tanz.
Neue Spielpläne.
Figliola. X Jean Hofer.
Clown Dolly
mit seiner urkomischen Tierwelt.
Täglich: Großer Tanz.
Anfang 4 1/2 Uhr. X Eintritt 30 Pf

Walhalla-
Variete-Theater.
Weinbergsweg 19/20
am Rosenthaler Tor.
Nur eine Stimme des Lobes
berührt über
Chevalier Thorn.
„Im Traumlande“.
Adele Moran
Soubrette-Diva vom k. k. Josef-
städter Theater in Wien.
8 Germanias
Damen-Ges.-Ensemble in seinen
schneidigen militärisch Evolutionen.
13 erstklassige Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Zwischen Himmel u. Erde
Großes Ausstattungsstück.
The three Spoons,
Jongleur-Pantomime.
In der Küche.
Spezialitäten. X Ball.
Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Böhm. u. Beldermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue September-Programm.
Gedr. Marconi, Henry Sago, Monte
Christo, der Heisenhölper; Kascha
Rusalka.

's Fieserle.
Biederstein in 1 Akt von R. Kniff.
Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Filme-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.
Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich!
Gustav Gottschalk's
humoristische Konzerte.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Sonntag, den 9. September, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engel-Ufer 15, Saal 1:
Branchen - Versammlung
aller in der
Sitzmöbel - Industrie
beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Die Lage in der Branche und wie stellen wir uns zum Ablauf des
Vertrages. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Die Kommission.
Sonntag, den 9. September 1906, vormittags 10 Uhr, im Ge-
werkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5:
Branchen - Versammlung
der
Jalousien-Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Welche Vorteile haben wir durch unseren Tarif? 2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
Der Obmann.

Achtung! Einsetzer! Achtung!
Sonntag vormittags 9 Uhr in den bekannten Lokalen:
Bezirkssitzungen.
Tages-Ordnung:
1. Unser Vertrauensmännerbericht. 2. Der paritätische Arbeitsnachweis.
Die Kollegen werden aufgefordert, in diesen Sitzungen den noch in
ihren Händen befindlichen roten Tarif zurückzugeben. Die Bezirksleiter
werden ersucht, mehr auf das Kleben der roten Karten zu bringen.
Montag: Kommissionssitzung. 92/9
Der Obmann.

Schweizer Garten

Am Königsforst - Am Friedrichshagen.
48. Sommer-Saison.
Jeden Sonntag:
Extravortellung
neuer Spezialitäten.
Ball u. Volksbelustigungen.
Anfang 4 1/2 Uhr. - Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist Saal u. Garten
an Vereine zu vergeben.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Neu! Der Hercules.
Sonnt. Beg. 5. Wochent. 8 U.
Sonabend: Benefiz für
Hoffmanns Nordd. Sänger.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
15 erstklassige **15**
Spezialitäten
Täglich: **Konzert- u. Volks-**
Kabarett.
(Ohne Weinzwang.)
Glänzende Existenz.
Stellh soliden und nächstem
Schloßes und Konturen zc. geben
mir schon bei geringer Anszahlung
Rotordrucken, erstklassige Marken.
um besten übernehmen 2 Reflektanten
einen Wagen.
Berliner Automobilhaus- u. Industrie-
Gesellschaft m. b. H. W., Uhlandstr. 170
H. Piano, 100 R., Kronenstraße 16,
bis 9 ab., Gerichtstr. 32, Dittich.
Vorkontland-Einlage p. Bid. 85 Pf.
Berlin N., Brunnenstr. 190.
Stukkateur, Bildhauer.
Gut gehendes Stuckgeschäft im west-
lichen Bezirk zu verkaufen, sichere
Einkünfte. 10656
Offerten M. 4, Postamt 57.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer - Verein
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, den 9. Septbr.:
1. Abt. früh 6 Uhr nach dem Beck-
See, nachm. 1 Uhr nach Dirschgarten
(Waldburg), Start: Köpenickerstr. 69.
2. Abt. 1 1/2 Uhr nachm. Streifzüge
nach dem Süden. Start: Köpenickerstr. 7.
3. Abt. früh 6 1/2 Uhr nach Radebr-
dorf (Greve), nachm. 1 Uhr nach
Reuen Kranz, Start: Mariannenplatz.
4. Abt. früh 6 Uhr nach Borsich-
buschholz, nachmittags 1 1/2 Uhr nach
Berliner Schweiz (Gärtner), Start:
Königsplatz.
5. Abt. früh 7 Uhr nach Korb-
frug, nachmittags 1 Uhr nach Königs-
buschhagen, Start: Köpenickerstr.
6. Abt. früh 5 und 6 Uhr nach
Kloster Chorin, nachm. 1 1/2 Uhr nach
Bernau (Glynum), Start: Ober-
bergerstr. 30 (Gensowenstraße).
7. Abt. früh 4 Uhr nach Lindenwalde,
nachm. 1 1/2 Uhr Tour wird am Start
bekannt gegeben, Start: Köpenicker Hof.
8. Abt. früh 7 Uhr nach Berlin an
der Havel, nachm. 2 Uhr nach Borsich-
werder (Freund), Start: Köpenickerstr. 8.
9. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach
Wittenau, Start: Köpenickerstr. 22.

Schweizer Garten

Am Königsforst - Am Friedrichshagen.
48. Sommer-Saison.
Jeden Sonntag:
Extravortellung
neuer Spezialitäten.
Ball u. Volksbelustigungen.
Anfang 4 1/2 Uhr. - Entree 30 Pf.
An Wochentagen ist Saal u. Garten
an Vereine zu vergeben.

Sanssouci. Kottbuser
Straße 4a.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Neu! Der Hercules.
Sonnt. Beg. 5. Wochent. 8 U.
Sonabend: Benefiz für
Hoffmanns Nordd. Sänger.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
15 erstklassige **15**
Spezialitäten
Täglich: **Konzert- u. Volks-**
Kabarett.
(Ohne Weinzwang.)
Glänzende Existenz.
Stellh soliden und nächstem
Schloßes und Konturen zc. geben
mir schon bei geringer Anszahlung
Rotordrucken, erstklassige Marken.
um besten übernehmen 2 Reflektanten
einen Wagen.
Berliner Automobilhaus- u. Industrie-
Gesellschaft m. b. H. W., Uhlandstr. 170
H. Piano, 100 R., Kronenstraße 16,
bis 9 ab., Gerichtstr. 32, Dittich.
Vorkontland-Einlage p. Bid. 85 Pf.
Berlin N., Brunnenstr. 190.
Stukkateur, Bildhauer.
Gut gehendes Stuckgeschäft im west-
lichen Bezirk zu verkaufen, sichere
Einkünfte. 10656
Offerten M. 4, Postamt 57.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer - Verein
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.
Touren
zum Sonntag, den 9. Septbr.:
1. Abt. früh 6 Uhr nach dem Beck-
See, nachm. 1 Uhr nach Dirschgarten
(Waldburg), Start: Köpenickerstr. 69.
2. Abt. 1 1/2 Uhr nachm. Streifzüge
nach dem Süden. Start: Köpenickerstr. 7.
3. Abt. früh 6 1/2 Uhr nach Radebr-
dorf (Greve), nachm. 1 Uhr nach
Reuen Kranz, Start: Mariannenplatz.
4. Abt. früh 6 Uhr nach Borsich-
buschholz, nachmittags 1 1/2 Uhr nach
Berliner Schweiz (Gärtner), Start:
Königsplatz.
5. Abt. früh 7 Uhr nach Korb-
frug, nachmittags 1 Uhr nach Königs-
buschhagen, Start: Köpenickerstr.
6. Abt. früh 5 und 6 Uhr nach
Kloster Chorin, nachm. 1 1/2 Uhr nach
Bernau (Glynum), Start: Ober-
bergerstr. 30 (Gensowenstraße).
7. Abt. früh 4 Uhr nach Lindenwalde,
nachm. 1 1/2 Uhr Tour wird am Start
bekannt gegeben, Start: Köpenicker Hof.
8. Abt. früh 7 Uhr nach Berlin an
der Havel, nachm. 2 Uhr nach Borsich-
werder (Freund), Start: Köpenickerstr. 8.
9. Abt. nachmittags 1 1/2 Uhr nach
Wittenau, Start: Köpenickerstr. 22.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Sonntag, den 9. September, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Engel-Ufer 15, Saal 1:
Branchen - Versammlung
aller in der
Sitzmöbel - Industrie
beschäftigten Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Die Lage in der Branche und wie stellen wir uns zum Ablauf des
Vertrages. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Die Kommission.
Sonntag, den 9. September 1906, vormittags 10 Uhr, im Ge-
werkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 5:
Branchen - Versammlung
der
Jalousien-Arbeiter.
Tages-Ordnung:
1. Welche Vorteile haben wir durch unseren Tarif? 2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
Der Obmann.

Achtung! Einsetzer! Achtung!
Sonntag vormittags 9 Uhr in den bekannten Lokalen:
Bezirkssitzungen.
Tages-Ordnung:
1. Unser Vertrauensmännerbericht. 2. Der paritätische Arbeitsnachweis.
Die Kollegen werden aufgefordert, in diesen Sitzungen den noch in
ihren Händen befindlichen roten Tarif zurückzugeben. Die Bezirksleiter
werden ersucht, mehr auf das Kleben der roten Karten zu bringen.
Montag: Kommissionssitzung. 92/9
Der Obmann.

Partei-Angelegenheiten.

Rudow. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet Sonnabend, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr, bei Palm statt.

Blankenfelde-Schildow (Bezirk Nieder-Schönhausen). Die fällige Vereinsversammlung findet am Sonntag, den 9. September, nachmittags 3 Uhr, bei Knappe in Mönchsmühle statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Für die erste Sitzung nach den Sommerferien lag den Stadtverordneten eine Tagesordnung vor, die ein recht reichlich bemessenes Quantum Arbeit verhieß.

Was dann noch übrig blieb, war größtenteils von sehr viel geringerem Interesse als diese beiden Angelegenheiten. Für die Vorbereitung der Wahl eines Stadtschulrats an Stelle des verstorbenen Gerstenberg hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht.

Hiemlich flott wurde dann die lange Reihe der übrigen Verhandlungsgegenstände erledigt, das meiste davon ohne bemerkenswerte Debatten.

Von den Gemeindefschulen, die zur Auflösung bestimmt sind, kommen als die nächsten heran die 42. Schule (Rauhnstraße), die 55. Schule (Chorinerstraße) und die 58. Schule (Kurfürstenstraße).

Ueber die 42. Schule (Rauhnstraße) hatten wir bereits im März gemeldet, daß sie dem Untergange geweiht sei, und damals wurde auch von keiner Seite versucht, das zu bestreiten.

Diese Schulausschlüsse häufen sich jetzt in bedenklicher Weise. Gewiß, es gibt Stadtteile, deren Bevölkerung fortgesetzt abnimmt, sodaß in den dort bestehenden Gemeindefschulen die Schülerzahl immer geringer wird.

Verkehrverbesserungen auf dem Bahnhof Gesundbrunnen. Von der künftigen Eisenbahndirection Berlin ist jetzt ein Projekt zur Regelung der Verkehrsverhältnisse auf dem Bahnhof Gesundbrunnen hergestellt worden.

Von dieser Brücke aus sollen dann besondere Zugänge zu den Stadt-, Ring- und Vorortbahnsteigen geschaffen werden. An der Wellermannstraße ist die Einrichtung einer Fahrstiegeverlaufshalle geplant, durch welche die Schalter an der Brunnenstraße und am Ausgang zur Hochstraße entlastet werden sollen.

Diebstähle von Zernsprechdraht häufen sich jetzt in der Umgebung von Berlin in immer schnellerer Folge. Nachdem in der vorletzten Nacht ein solcher entwendet worden ist, liegen uns von gestern gleichzeitig zwei Meldungen auf einmal über solche Störungen des Verkehrs vor.

Zur Frage der Bierpreiserhöhung.

wird berichtet, daß der Weichbier-Ring bereits kapituliert habe. In der Versammlung des Vereins Berliner Weichbierwirte, die Mittwochabend im Ludwigischen Restaurant in Kreuzberg tagte, wurde ein Schreiben verlesen, das der Vorstand des Vereins Berliner Weichbierbrauereien (der Ring), gez. A. Richter und Ulrich, an den Vorsitzenden des Weichbierwirtevereins, Stadtv. Zacharias, gerichtet hat.

Wir möchten Ihnen hiermit die ergebene Mitteilung, daß wir den Preis für die halbe Tonne Weichbier mit dem heutigen Tage auf 7 Mark reduziert haben. Zu unserem Bedauern war es nicht möglich, mit unserer Absicht, durch die Herstellung eines stärkeren Gebrauchs die Berliner Weichbierindustrie zu heben, die Unterstützung der Gastwirte zu finden.

Bei den Verhandlungen mit den Wirten hatte der Weichbiererring es bekanntlich abgelehnt, sich mit einem Preis von 7 Mark zu begnügen, er setzte den Preis auf 7,50 Mark fest. Durch das Abkommen der Wirte mit den obergärigen Brauereien, die den Liter für 9 Pf. liefern, ist dem Ring die Durchsetzung der Preiserhöhung unmöglich gemacht worden und er geht deshalb auf 10 Pf. pro Liter zurück.

Wie weiter mitgeteilt wurde, hat der Vorstand des Weichbierwirtevereins beschlossen, eine neue Brauereianzulassung, um sie genossenschaftlich zu betreiben. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlage zu. Die schon bestehende Genossenschaftsbrauerei des Vereins ist mit Aufträgen so überhäuft, daß sie häufig vergrößert werden muß.

Was die Preiserhöhung für Gärlich-Bier betrifft, so ist die Sache noch auf dem alten Fied. Der Brauereiring hat erneute Unterhandlungen abgelehnt und zahlreiche Gastwirte sind dabei, dem Ring durch Einführung von ringfreiem Bier schweren Schaden zuzufügen. Die Gastwirte selbst liegen sich bei diesem Hin und Her in den Haaren, wie nachstehende Erklärung des Vorstandes des Verbandes der Gast- und Schankwirte Berlin erkennen läßt.

Opfer des Verkehrs.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Breal und einem Arbeitsfuhrwerk erfolgte gestern in der Friedenauerstraße. Der Buchhalter Werbich aus Wilmersdorf war mit einem Breal durch die Friedenauerstraße gefahren. In der Nähe der Ringbahnbrücke scheute plötzlich das Pferd vor einem herannahenden Stadtbahnwagen und ging durch. Vergeblich versuchten G. und auch der Kutscher das wilde Tier zum Stehen zu bringen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall, der nicht nur den Unfallhabenden für immer zum Krüppel gemacht, sondern auch das Leben eines gänzlich Unbeteiligten gefordert hat, passierte gestern nachmittag in Mirdorf. Gegen 1/2 Uhr verunfallte der fünfjährige Sohn Willi des in der Warthestr. 7 des genannten Vororts wohnenden Schlossers Nischke vor dem Hause Hermannstr. 94 unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 94 über den Straßenbahnlauf.

Ein Abzählungsschwindler auf Kreibezeichnungen brandschäft seit einiger Zeit die Einwohner der nördlichen Vororte. Als Opfer sucht sich der Gauner vorwiegend Dienstmädchen aus, da er dieselben leichter für seine betrügerischen Zwecke zu gewinnen vermag.

Eine ganze Gesellschaft bestohlen. Erheblich geschädigt wurde eine größere Anzahl junger Mädchen, die gestern einen gemeinsamen Vereinsausflug nach dem Grunewald unternommen hatten. In Wannsee lebten sie in dem Källerschen Gartenlokal ein und während nebenan im Walde ein Spiel veranstaltet wurde, blieb eines der Mädchen zurück, um die Sachen ihrer Freundinnen zu beaufsichtigen.

Ein schwerer Bauunfall hat sich auf dem Grundstück der Munitions- und Waffenfabrik von Ludwig Löwe ereignet. Dort wird zurzeit ein Neubau errichtet und als der Maurer Ernst Pratz, Pringensstraße 42, an der Mauer vorübertritt, stürzte plötzlich von der dritten Etage eine Mauer mit Balken herab und traf W. so, daß er bewußlos zusammenbrach.

Unsere Warnung vor einem sich Professor nennenden Herrn G. Keith-Harvey, London, der in den Zeitungen ein Gratißbuch über Schwerhörigkeit anpreist und betont, daß es möglich sei, vermittleit der heutigen Wissenschaft in wenigen Wochen Gehörstörungen zu Hause zu kurieren, ohne hohe Honorare zu zahlen, hat uns aus unserem Leserkreise eine ganze Anzahl Zuschriften eingetragen, nach welchen sich die Einleiter von dem Herrn Professor betrogen glauben.

Vermisst wird der 18 Jahre alte Willi Schmidt, der Bergmannstraße 111 bei seinen Eltern wohnte. Er ging Mittwoch früh von Hause fort, ist aber von der Arbeitsstelle nicht zurückgekehrt. Im Laufe des Tages traf bei den Eltern ein Brief ein, in dem der junge Mann seine Ansicht kundgab, aus dem Leben zu scheiden. Die Eltern beschreiben das schlimmste und bitten um Nachricht über den Verbleib ihres Sohnes.

Ein Volks-Kabarett-Abend findet am Sonntag, den 9. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal, statt. Das Programm ist ein sehr ausgewähltes. Es wirken mit: Herr Arthur Reuber vom Lessing-Theater; Herr Georg Wolf vom Thalia-Theater; Herr Guggi, Violinvirtuos; Herr Prof. Schiermann, Klaviervirtuos; Herr Emil Wallotte, Regitator; Frä. Rosa Seiditz, Konzertsängerin, und Frä. Marg. Wallotte, Vortragskünstlerin. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf.

Im Luisen-Theater ging am Mittwoch die Fosse: „Eine Nacht in Berlin“ über die Bretter. Das tüchtige Spiel, in dem sich vor allem Käthe Will-Bach und Heinrich Wach hervor-taten, sorgte dafür, daß das Publikum auf seine Kosten kam.

Gesperrt werden behufs Ampfängerung für Fuhrwerke und Reiter bis auf weiteres: Das Bethanien-Ufer vom Mariannenplatz bis zur Kallertstraße vom 10. d. Mts. ab, das Elisabeth-Ufer von der Cranienbrücke bis zur Verbindungsstraße zwischen Elisabeth-Ufer und Rammstraße vom 18. d. Mts. ab, das Luisen-Ufer von der Cranienbrücke bis zur Verbindungsstraße zwischen Luisen-Ufer und

